

**Ausschuss für Tourismus**  
**Kurzprotokoll**  
**80. Sitzung**

**Berlin, den 27.05.2009, 15:00 Uhr**  
**Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH)**  
**Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1**  
**Berlin**  
**Sitzungssaal: 3.101**

**Vorsitz: Marlene Mortler, MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Öffentliche Anhörung** zu der

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Tourismuspolitische Leitlinien der Bundesregierung**

**BT-Drucksache 16/11594**

Sprechregister Abgeordnete

	Seite
Marlene Mortler	6, 7, 9, 10, 16, 21, 29, 36
Klaus Brähmig	16
Annette Faße	18
Ernst Burgbacher	19, 23
Dr. Ilja Seifert	20
Bettina Herlitzius	21
Gabriele Hiller-Ohm	30
Renate Gradistanac	30
Ingbert Liebing	30
Jens Ackermann	31
Uda Heller	31
Ernst Hinsken	35

Sprechregister Sachverständige

Prof. Dr. Mathias Feige	6, 28, 34
Ernst Fischer	7, 28
Michael Gehrmann	9, 27, 34
Johann Kreiter	10, 26, 34
Klaus Laepple	11, 24, 33
Dr. Markus Mempel	12, 24, 32
Reinhard Meyer	13, 23, 31
Axel Welge	15, 22







Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu der

Unterrichtung durch die Bundesregierung

### **Tourismuspolitische Leitlinien der Bundesregierung**

#### **BT-Drucksache 16/11594**

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige 80. Tourismusausschusssitzung. Ich darf Sie alle herzlich begrüßen zu unserer Anhörung zu den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung. Ich glaube, ich kann hier im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sprechen, wir freuen uns und sind auch stolz, dass diese tourismuspolitischen Leitlinien von der Bundesregierung beschlossen worden sind. Wir danken Ihnen für Ihre schriftlichen Stellungnahmen (Anlage 1), die aus unserer Sicht sehr positiv ausgefallen sind.

Meine Herren, ein herzliches Willkommen an Sie als Sachverständige. Ich beginne in alphabetischer Reihenfolge und begrüße sehr herzlich Herrn Prof. Dr. Mathias Feige vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr. Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Herrn Ernst Fischer, Herrn Michael Gehrman, Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland, Herrn Johann Kreiter, Vorsitzender der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle, Herrn Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW), Herrn Dr. Markus Mempel, zuständiger Referent für Tourismus beim Deutschen Landkreistag, Herrn Reinhard Meyer, Präsident des Deutschen Tourismusverbandes. Ich begrüße außerdem Herrn Axel Welge, Hauptreferent für Umwelt und Tourismus beim Deutschen Städtetag. Frau Michaela Rosenberger, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, war ebenfalls eingeladen, sie musste sich kurzfristig entschuldigen, ihre Stellungnahme liegt schriftlich vor.

Ich möchte nun – in alphabetischer Reihenfolge – das Wort Herrn Professor Feige erteilen. Bitte schön.

**Prof. Dr. Mathias Feige (Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V. (Dwif)):** Guten Tag meine Damen und Herren. Erste Anmerkung. Wir begrüßen natürlich auch aus wissenschaftlicher Sicht, dass sich die Bundesregierung auf tourismuspolitische Leitlinien verständigt hat.

Zweite Anmerkung: Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert, sie abzustimmen, sie abzugleichen mit anderen Zielsystemen, die teilweise formuliert sind, also z.B. die fünf zentralen Bereiche, die das Bundeswirtschaftsministerium zum Tourismus formuliert hat, die Leitlinien der DZT zur Akquisition internationaler Gäste, aber auch mit anderen sektoralen Zielsystemen, z.B. zum Wassertourismus, zum Radtourismus, um Widersprüchlichkeiten oder etwaige Redundanzen zu vermeiden.

Mein Hauptwunsch und dritte Anregung ist es, eine Gewichtung dieser Leitlinien vorzunehmen. Im Moment stehen sie ungewichtet nebeneinander und sie umfassen auch alle sehr wesentliche Bereiche des Tourismus. Aber angesichts von steigenden Investitionsvolumina in der großmaßstäbigen Tourismusinfrastruktur, die eine immer effizientere Mittelallokation verlangt und für eine Erleichterung des Marketings wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, sich im nächsten Schritt darüber Gedanken zu machen, welche Zielvorstellungen mit dem Deutschlandtourismus verbunden werden sollen.

Wir sind eines der stärksten Länder im gesamten MICE-Bereich, Messen, Tagungen, Kongresse etc. mit hochwertiger großmaßstäbiger Infrastruktur. Soll hierauf eine gewisse Priorität gelegt werden oder welche Bedeutung haben verschiedene Segmente, z.B. Rad, Wasser, Wandern, Wellness usw. und Städtetourismus zueinander? Wie will die Bundesregierung den Incomingtourismus als wesentliches Element des Tourismus für die deutsche Tourismuswirtschaft weiter stärken und wie sieht es aus mit der Rolle des Tagestourismus, von dem wir alle inzwischen wissen, dass er das ökonomisch wichtigste Segment des Deutschlandtourismus ist? Ein solches Zielsystem könnte dazu beitragen, die Profilierung von Deutschland als Tourismusstandort zu verbessern.

Zu einigen ausgewählten Leitlinien nun ergänzende Informationen oder Wünsche. Zum Thema „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ würden wir uns wünschen, dass das valide Datengerüst, das immer mehr

bröselt angesichts der Forderung nach Bürokratieabbau, nicht noch weiter geschmälert wird. Ich meine Indikatoren wie Zimmerauslastung, der gesamte graue Beherbergungsmarkt. Dazu haben wir keine Informationen, sie sind für die Branche aber zur Bedeutungsmessung relevant.

Wie sieht es aus mit der ökonomischen Lage der Branche? Hier gibt es Brockenwissen, aber kein Gesamtbild. Die Freizeitwirtschaft, denken Sie an großmaßstäbige Erlebnisbäder, Entertainmentcenter, die großen education-/entertainment-Einrichtungen und science center etc. mit zig Millionen Investitionsvolumina. Wir wissen eigentlich fast gar nichts darüber und sie sind ein wesentlicher Teil der Tourismuswirtschaft.

Ich möchte hier noch den Hinweis auf den Abbau des Investitionsstaus mit einbringen. Im Interesse des Erhalts einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der klein- und mittelständisch geprägten Tourismuswirtschaft, wäre eine Aufnahme dieses Themas in das Zielsystem wünschenswert.

Zur Leitlinie „Rahmenbedingungen“ wäre es wünschenswert, die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung und auch zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen verschiedenen Ländern da oder dort noch zu optimieren. Gerade bei der großmaßstäbigen Ferien- und Freizeitinfrastruktur, denken Sie an Erlebnisbäder, Freizeitparks, Ferienanlagen oder auch science-center, stellen wir Kannibalisierungseffekte fest, weil in Machbarkeitsstudien, Marktstudien, Leitlinien etc. immer nur das eigene Bundesland betrachtet wird und nicht das Gesamtsystem.

Zur Leitlinie „Demographischer Wandel“ und das möchte ich gerne verknüpfen mit der Leitlinie „Qualifizierung“, ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass der Fokus bitte nicht nur darauf gelegt werden sollte, in der Beherbergungsinfrastruktur für die sich wandelnde Zielgruppenstruktur Angebote zu schaffen, sondern wie wir es im Tourismusbarometer und mit anderen Studien auch nachweisen konnten, eine ganzheitliche Sichtweise zu fahren. Sich also auch um die Infrastruktur in der Gastronomie, im Verkehr und im Einzelhandel zu kümmern, vor allem in teilweise sich stark entleerenden Räumen nicht nur, aber vorrangig in Ostdeutschland. Dabei lassen Sie bitte den Arbeitsmarkt nicht aus den Augen, denn für junge Menschen, für Frauen, für Ältere, geht es da um Arbeitsbedingungen, um Gehaltsstrukturen, Kindergartenplätze etc. Die Branche leidet, insbesondere gut qualifizierte junge Kräfte wandern teilweise entweder von Ost nach West oder ins Ausland ab, weil dort die Arbeitsbedingungen und vor allem das Gehaltsniveau attraktiver sind. Deswegen auch hier, gerade angesichts des demographischen Wandels der Appell, die Tourismusentwicklung viel stärker zusammen mit der regionalen Entwicklung im ländlichen Raum als ganzheitliche Aufgabe zu betrachten.

Zur Leitlinie „Qualität“ habe ich die Bitte, wenn dieses Thema schon richtigerweise so prominent besetzt ist und mit oben auf der Agenda steht, dann auch ein dauerhaftes, umfassendes und permanentes Qualitätsmonitoring über alle Segmente der Tourismuswirtschaft und der Tourismusszene zu betreiben und nicht nur in aller erster Linie in Bezug auf die Servicequalität, wengleich sie natürlich schon einmal ein sehr wichtiger Baustein ist.

Zur Leitlinie „Produkt Deutschland“. Sie lässt einige Aussagen zu Kernträgern der Tourismuswirtschaft in Deutschland vermissen. Ich erwähnte bereits den MICE-Bereich. Bei den Airlines sehen wir jetzt, wie problematisch es teilweise ist. Aber auch der Veranstalter- und Vermittlerbereich, die großen Verkehrsträger, die zwar zu einem wesentlichen Teil für das Outgoinggeschäft da sind, aber nichtsdestotrotz natürlich auch einen erheblichen Beitrag zur touristischen Wertschöpfung in Deutschland leisten, kommen in diesen Leitlinien nicht vor. Damit schließt sich der Kreis zu den Prioritäten und zur Gewichtung, die ich eingangs angemahnt habe.

Wenn wir uns zunehmend angesichts der Globalisierung in einem internationalen Wettbewerb sehen, dann brauchen wir mehr Instrumente und müssen mehr Wissen haben über ein internationales Benchmarking. Dann dürfen wir nicht nur immer die Frage beleuchten, wie wir ausländische Gäste herkommen, sondern auch, wie unsere Destinationen, unsere Angebote, die wir in Deutschland haben, im internationalen Vergleich abschneiden und wo Handlungsbedarf besteht. Vielen Dank.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Danke schön Herr Feige. Herr Fischer, Sie haben das Wort.

**Ernst Fischer (Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)):** Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Gelegenheit, heute hier das Wort ergreifen zu können. Grundsätzlich begrüßt der DEHOGA die Erarbeitung der tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung. Die tourismuspolitischen Leitlinien legen richtigerweise den Fokus auf die wirtschafts-

politische Bedeutung, auf das Wachstumspotenzial und auf die Qualität des Tourismus. Entscheidend für die Zukunft des Tourismus sind jedoch die wirtschaftspolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Lassen Sie mich im Folgenden die wichtigsten Punkte dazu kurz erläutern.

Erstens: Wettbewerbsverzerrungen in Deutschland, in Europa und auf den internationalen Märkten sind nach Möglichkeit zu vermeiden, so die Leitlinien. Das ist richtig und auch gut so. Allerdings werden bestehende Wettbewerbsverzerrungen weder benannt noch Möglichkeiten zu deren Bekämpfung aufgezeigt. Sie kennen alle die zentralen Wettbewerbsverzerrungen für das Gastgewerbe in Deutschland, den vollen Mehrwertsteuersatz. Wir kämpfen „pro sieben Prozent“, um die massiven Wettbewerbsnachteile für die heimische Hotellerie und Gastronomie endlich zu beseitigen. Dank all denjenigen, die uns auf diesem schwierigen Weg begleiten. Unsere Argumente im Einzelnen finden Sie in der vorliegenden Stellungnahme.

Zweitens: Der Tourismus ist eine personalintensive Branche. Deshalb brauchen wir ein flexibles beschäftigungs- und anwenderfreundliches Arbeitsrecht.

Drittens: Der Erfolg des Deutschlandtourismus ist auch ein Erfolg der Deutschen Zentrale für Tourismus. Zwar wurden in den letzten Jahren die Bundesmittel für die DZT moderat angepasst, doch das ist unserer Meinung nach definitiv nicht genug, um vorhandene Potenziale erfolgreich zu erschließen. Deshalb fordern wir zehn Millionen Euro zusätzlich in 2009 für die bessere Vermarktung des Reiselandes Deutschland.

Viertens: Keine Frage, wie kaum eine andere Branche ist der Tourismus auf eine intakte Umwelt und nachhaltiges Engagement angewiesen. Ich nenne nur die Energiekampagne des Gastgewerbes, an der sich 4 500 Betriebe beteiligen und auch die Dachmarke Viabono.

Fünftens: Angesichts des demographischen Wandels stellen ältere Reisende eine wichtige und wachsende Zielgruppe für den Tourismus dar. Mit unserem Seminarprojekt „Gastfreundschaft für alle“ und der Zielvereinbarung „Barrierefreiheit“ hat sich der DEHOGA für die Schaffung von barrierefreien Angeboten stark gemacht. Aber Quantensprünge wird es trotz aller Anstrengungen der Tourismuswirtschaft in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden nur dann geben, wenn Staat und Gesellschaft Finanzierung und Vermarktung aktiv unterstützen. Der demographische Wandel stellt uns noch vor ganz andere Herausforderungen.

Der dramatische Rückgang bei den Schulabgängerzahlen, der schon heute zu massiven Problemen bei der Besetzung offener Ausbildungsplätze führt, findet in den tourismuspolitischen Leitlinien leider keine Erwähnung. Mehr denn je kommt es auf effektives Nachwuchsmarketing und eine Qualitätssicherung bzw. Verbesserung bei der Ausbildung an. So ist z.B. die oft fehlende Ausbildungsreife der Schulabgänger ein zentrales Ausbildungshemmnis. Hier besteht Handlungsbedarf, ebenso beim Jugendarbeitsschutzgesetz und den viel zu hohen IHK-Gebühren. Außerdem geht es darum, die Qualität der Berufsorientierung und Berufsberatung an den Schulen und in den Arbeitsagenturen zu verbessern und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu fördern.

Stichwort „Investitionen“. Die Produkt- und Angebotsqualität in unserer Branche kann nur dort gesichert und gesteigert werden, wo Ertrag und Finanzierung gesichert sind. Aber auch hier brauchen wir die Unterstützung der Politik. Übrigens, gefragt nach der Verwendung der Einsparungen, wenn denn die Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie auf sieben Prozent gesenkt würde, haben unsere Unternehmer angegeben, dass sie fast die Hälfte der Summe für Investitionen aufwenden würden. Das bedeutet eine beispiellose Investitionswelle im Umfang von 1,8 Milliarden Euro, die direkt auch dem örtlichen Handwerk und den Zulieferern zugute käme.

Ich komme zum letzten Punkt. Besonders wichtig ist unserer Ansicht nach, dass die Leitlinien Gastfreundschaft für alle, Serviceorientierung, Weltoffenheit und Toleranz im Tourismus betonen. Nicht umsonst beteiligt sich der DEHOGA an der Initiative „Gemeinsam für Toleranz“ mit der Gewerkschaft NGG und der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss. Nach dem Ausbau barrierefreier Angebote setzt sich der DEHOGA in Kooperation mit dem Deutschen Allergie- und Asthmabund und dem Bundesverbraucherministerium auch für die besonderen Belange der Allergiker ein.

Meine Damen und Herren, die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft das Gastgewerbe außerordentlich hart. Wenn Firmen und Verbraucher auf die Spurbremse drücken, bekommt das unsere Branche voll zu spüren. Unsere Arbeitnehmer haben Angst. 100 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Es darf nicht sein,



dass die Politik nur auf die lauten und öffentlichkeitswirksamen Massenklagen der Großen reagiert und unsere mittelständische Branche geradezu im Regen stehen gelassen wird. Dabei schaffen wir doch hier unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze, wir zahlen hier unsere Steuern und verlagern unsere Betriebe nicht ins Ausland. Umso wichtiger, meine Damen und Herren, sind die Rahmenbedingungen, die Leistungen fördern und nicht behindern. Ich denke, die tourismuspolitischen Leitlinien mit ihren definierten Zielen bieten einen guten Orientierungsrahmen. Nun gilt es daraus konkrete Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, auch wie Sie es, Herr Prof. Feige, gerade vorher angeschnitten haben. Dann werden die Leitlinien mit Sicherheit ihren Sinn und ihren Zweck erfüllen. Wir sind dazu bereit und wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog mit Ihnen. Vielen Dank.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Vielen Dank Herr Fischer, Herr Gehrmann, bitte schön.

**Michael Gehrmann (Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland (VCD)):** Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einen herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Wir nehmen dazu sehr gerne Stellung. Es erscheint uns überfällig, dass sich der Bund wesentlich stärker als bisher übergreifend mit dem Wirtschaftsfaktor Tourismus auseinandersetzt. Verglichen mit vielen anderen Wirtschaftsbereichen, wie insbesondere der Automobilindustrie, die gerade in den Schlagzeilen ist, erscheint der Tourismus doch sehr unbedeutend in vielen politischen Debatten. Dabei liegt beispielsweise die Gesamtzahl der direkt und indirekt Beschäftigten bei 2,8 Millionen, in der Automobilindustrie selber waren vor Beginn der Krise nur noch 756 000 Menschen beschäftigt. Das zeigt, wir brauchen einen deutlich höheren Stellenwert.

Deshalb ist es begrüßenswert, dass die Bundesregierung mit den tourismuspolitischen Leitlinien einen ersten Auftakt unternommen hat, wie der Tourismus in Deutschland weiterentwickelt werden soll. Der Ansatz gibt einen sehr allgemeinen Überblick, was insgesamt getan werden soll. Zu vielen Stichworten und -punkten gibt es einzelne Thesen, meist sehr allgemein gehaltene Forderungen, teilweise Wünsche, Aufforderungen und ein paar einzelne Lösungsansätze. Einen strategischen Gesamtansatz oder gar eine nationale oder vielleicht auch nachhaltige Tourismusstrategie beinhalten diese Leitlinien jedoch nicht. Viele Fragestellungen bleiben offen, auch nach dem Lesen dieses Leitbilds hat man mitunter das Gefühl, dass sich einzelne Punkte widersprechen. Ich nehme die Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismusgewerbe heraus, bessere Arbeitsbedingungen dort, d.h. auch eine bessere Entlohnung und gleichzeitig aber den Wunsch, wir wollen einen Tourismus in Deutschland für alle möglich machen und wissen gleichzeitig, dass wir in einer scharfen Konkurrenz zum europäischen, zum internationalen Gewerbe stehen, dass es hier sehr große Massenkonkurrenz gibt, auch dadurch gefördert, dass es sehr viele Billigflieger gibt. Es gibt sehr viele Dissonanzen, sehr viele Punkte, die so allgemein sind, dass jeder dort das Gute herauslesen kann.

Nichtsdestotrotz geben die Leitlinien einen allerersten Rahmen für eine gute, weitere inhaltliche Auseinandersetzung, nicht mehr, nicht weniger. Was wir glauben, was notwendig ist, ist auf Dauer so etwas wie eine nachhaltige Tourismusstrategie für Deutschland. Nach der Bundestagswahl sollten sich Politikerinnen und Politiker mit den verschiedensten Akteuren im Bereich Tourismus zusammensetzen und gemeinsam überlegen, wie ist das Tourismusgewerbe zurzeit in Deutschland aufgestellt, wo sind Probleme zwischen Tourismus und beispielsweise Umwelt, wo sind Herausforderungen, wo müssen wir uns womöglich auf Dauer anpassen? Basierend auf einer vernünftigen, einer differenzierten Analyse des Tourismuswesens in Deutschland sollten dann Lösungsansätze entwickelt werden, die für einen umweltverträglichen, sozial gerechten, barrierefreien, bezahlbaren Tourismus für alle ermöglichen.

Ich halte es auch für wichtig, dass dieser Dialog nicht nur mit den üblichen Vertreterinnen und Vertretern der Tourismuswirtschaft geführt wird, sondern mit allen Akteuren. Es gibt nicht nur die Wirtschaftsseite, es gibt auch in sehr starkem Maße die Gesellschaftsseite, deshalb bitte diesen Dialog mit den verschiedensten Akteuren, auch den Gewerkschaften, den Behindertenverbänden, den Naturschutzverbänden und mit den Umweltverbänden, die an diesem Thema arbeiten.

Zu vielen Punkten der tourismuspolitischen Leitlinien sind wir in der Stellungnahme eingegangen, ich möchte heute nur den Bereich des Verkehrs ansprechen. Der Verkehrsbereich ist in vielen Urlaubsregionen, vor allem in vielen Großschutzgebieten, eins der Hauptprobleme. Natürlich ist es schön, wenn Menschen Natur erfahren können, aber dieses führt auch schnell zu Belastungen. Mehr Urlaubsgäste, das ist ein Ziel der tourismuspolitischen Leitlinien, bedeutet aber auch verkehrsbedingt deutlich größere Belastungen für die Umwelt und stehen eigentlich im Widerspruch zu den Ansätzen der Nachhaltigkeit, insbesondere auch zu dem Ziel, dass wir auch im Tourismusgewerbe bis zum Jahr 2020 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Senkung haben wollen. Wir haben Lärm, Zerschneidung, Flächenverbrauch, Schadstoffe, wir haben

eine immer größere stattfindende Naturbeanspruchung und da muss auf Dauer etwas gearbeitet werden, damit die Umwelt nicht ausgespielt wird gegen Wirtschaftlichkeit, gegen Soziales. Nur wenn das alles zusammen funktioniert, dann ist das auch wirklich eine nachhaltige Strategie.

Konkret wird sehr häufig – und das finde ich sehr gut – Barriereabbau festgeschrieben, vorgeschrieben, angesetzt. Ich halte das für einen sehr sinnvollen Ansatz, aber wir sollten Barriereabbau in vielen Bereichen tun und in vielen Bereichen auch weiter durchdenken. Für mich heißt das beispielsweise sich mit der Anreise beschäftigen. Zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Tourismusbereich kommen aus dem Anreiseverkehr und dem Verkehr vor Ort. Wenn ich hier ansetzen will, muss ich dafür sorgen, auch angesichts des demographischen Wandels, dass mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen können. Leider hat es in den letzten 10, 15 Jahren einen starken Rückzug gerade im Bereich des Fernverkehrs gegeben. Früher wurden viele Urlaubsdestinationen mit dem öffentlichen Fernverkehr angefahren. Dieses ist heutzutage nur noch bruchstückhaft vorhanden. Hier sehen wir große Probleme. Wir müssen hier massiv den öffentlichen Verkehr ausbauen, denn jeder Umstieg mehr bedeutet nicht nur für Mobilitätseingeschränkte, sondern auch für Familien einen Umstieg zu viel mit Gepäck, Rollstuhl, Kinderwagen und hindert daran, dass die Menschen umweltverträglich anreisen können.

Es sind nicht wenig Menschen, die heutzutage ohne Auto ihren Urlaub machen. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen einem Drittel und 40 Prozent, die heutzutage in Deutschland bereits ohne eigenes Auto Urlaub machen. Hierzu noch einmal die Zahl, dass 50 Prozent aller Haushalte in Berlin selber über kein Auto verfügen. Hier ist ein großer Markt, den wir für den deutschen Tourismus bisher noch nicht ausreichend erschlossen haben. Es gibt noch viele weitere Maßnahmen, die man anführen kann, um die umweltverträgliche Anreise in Urlaubsregionen, aber auch die umweltverträgliche Mobilität in den Urlaubsregionen voranzutreiben. Zum einen ist das Marketing der bereits sehr gut vorhandenen touristischen Mobilität sehr wichtig, aber wichtig ist beispielsweise auch so ein Punkt wie die Fahrradmitnahme in Fernverkehrszügen. Wir wissen, dass der Fahrradtourismus in Deutschland immer mehr boomt. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass eine Fahrradmitnahme im ICE heutzutage nicht möglich ist. Der ICE ist das Hauptfernverkehrsmittel, auch hier ließe sich einiges machen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Vielen Dank Herr Gehrmann. Herr Kreiter, bitte schön.

**Johann Kreiter (Vorsitzender der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle (NatKo)):**

Vielen Dank Frau Mortler. Meine Damen und Herren, ich bedanke mich, dass ich auch dieses Mal wieder dabei sein und zu dem Thema barrierefreier Tourismus Stellung nehmen darf. Ich denke, in den Leitlinien des Tourismus darf das Thema Barrierefreiheit heutzutage nicht mehr fehlen, gerade weil es eine volkswirtschaftliche Bedeutung hat und wir denken, dass im Falle der Barrierefreiheit auch noch einiges in der Republik getan werden muss. Wir haben zwar gute Beispiele, wir haben Leuchttürme wie das Bundesland Thüringen oder Sachsen, die sehr viel getan haben. Gerade die neuen Bundesländer haben eine große Chance gehabt, sich da zu verbessern, während die alten Bundesländer deutlich nachhinken. Ich denke auch, dass man das Thema wesentlich besser vermarkten kann, als es bisher getan wurde, denn wenn wir uns heute umhören, dann hören wir sehr viel von skandinavischen Ländern, wir hören von den USA, wie barrierefrei das alles ist, aber Deutschland ist nicht in aller Munde im Zusammenhang mit Barrierefreiheit. Ich denke, da muss noch einiges getan werden.

Natürlich hat auch der barrierefreie Tourismus eine ökonomische Bedeutung, das muss man ganz klar sagen. Wir haben unsere Studien vom Bundeswirtschaftsministerium, die auch deutlich ausdrücken, dass man hier ein ganz gutes Marktsegment zur Verfügung hat. Wenn ich jetzt im Vergleich sehe die Studie 2002 zu 2004, da haben wir eine Steigerung von Menschen mit Aktivitätseinschränkungen, die Urlaub machen von vier Prozent und das ist eine deutliche Steigerung in dieser Zeit. Was noch dazu kommt, man hat festgestellt, dass in der Nebensaison, also im Herbst oder Frühjahr, wesentlich mehr Reiseaktivitäten von behinderten Menschen gemacht werden, d.h. für die Tourismusindustrie, dass hier auch noch großes Plus herauszuholen ist und sozusagen diese Löcher, die in der Nebensaison noch vorhanden sind, auch ausgefüllt werden können und ich denke, das ist Motivation und Anreiz genug, da noch mehr zu tun.

Wenn man sieht, dass Bayern, Baden-Württemberg oder Mecklenburg-Vorpommern bevorzugte Reise Länder sind, dann muss ich ehrlich sagen, wenn ich heute in die Medien hereinschaue, ich höre zum Thema Barrierefreiheit so gut wie gar nichts. Baden-Württemberg gibt eine Gesamtbroschüre heraus, Sachsen gibt eine heraus, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern auch, aber dann ist Feierabend. Da muss noch einiges getan werden, zumal man auch berücksichtigen soll, dass der demographische Wan-

del hier auch eine bedeutende Rolle spielt. Die älteren Menschen nehmen zu, es werden immer mehr, aber den Bedürfnisse von älteren Menschen wird keine Rechnung getragen. Da sollte man doch schauen, dass man diese Leute auch weiterhin an ihre gewohnten Urlaubsziele heranbringt. Ich habe erst vor kurzem gehört, im Schwarzwald brechen Gäste einfach weg, weil die Gäste, die bisher dort immer Urlaub machen konnten, es nicht mehr können, weil sie ein künstliches Hüftgelenk oder künstliche Knie haben und nun nicht mehr die Treppen steigen können. Das ist ein schleichender Prozess, der gar nicht so wahrgenommen wird, und dem muss man natürlich auch Rechnung tragen. Wenn man überlegt, Barrierefreiheit ist eigentlich für 10 Prozent der Bevölkerung Notwendigkeit, für 40 Prozent ist es erforderlich. Wenn man dann überlegt, es könnte ja theoretisch jeden von uns treffen, dann ist es für 100 Prozent eine komfortable Einrichtung. Es profitiert nicht nur der Tourismus, sondern davon profitiert eigentlich auch die ganze Gemeinde.

Was auch sehr stark zu wünschen übrig lässt, ist die geschlossene Servicekette. Für einen Normalbürger ist es völlig normal ins Internet oder Reisebüro zu gehen und sich eine Destination herauszusuchen, in der man Urlaub machen kann. Wenn Sie das als mobilitätseingeschränkter Mensch machen wollen, dann wird es schwierig. Sie werden im Internet so gut wie gar nichts finden. In den seltensten Fällen finden Sie auf den ersten Seiten der Urlaubsdestinationen einen Hinweis zum Thema Barrierefreiheit. Es gibt zwar welche, aber die muss man erst einmal finden. Was auch von Bedeutung ist, ist natürlich der Städtetourismus. Wobei man sagen muss, Städte sind teilweise weitaus besser aufgestellt, weil die Infrastruktur, angefangen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zur Anbindung an die ICE-Strecken, wesentlich besser gestaltet ist. Ich nehme als Beispiel Berlin, hier kann ich mit dem Flieger in Tegel ankommen, ich steige in den TXL-Bus und kann mir quasi jede Station in der Stadt anschauen. Aber das ist nicht überall so. Es gibt das Musterbeispiel Erfurt, wo Barrierefreiheit sehr im Vordergrund steht. Aber wenn ich dann nach Cuxhaven möchte, dann muss ich sehen, dass ich bis 18.00 Uhr in Cuxhaven angekommen bin, ansonsten kann ich mit demselben Zug mit dem ich angekommen bin wieder zurück fahren nach Hamburg, weil mir keiner beim Aussteigen behilflich sein kann. Das ist nicht nur in Cuxhaven so, sondern auch in Oberstdorf und anderen Feriendestinationen, die nicht so dicht am gut bestückten öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind. Auch hier muss noch einiges getan werden. Zur geschlossenen Servicekette gehört natürlich noch viel mehr dazu. Dazu gehört die An- und Abreise, gehören die Hotels, die Übernachtungsmöglichkeiten, die Gastronomie usw. Das sind ganz wesentliche Bestandteile. Dazu gehört aber auch der Einzelhandel und dergleichen. Wenn Sie heute in Urlaubsstädte kommen, dann haben Sie erhebliche Defizite, auch was z.B. die Verpflegung angeht oder die Pflege als solches, oder die Assistenz in diesen Orten ist ein Problem.

Was auch wichtig ist, man kann nicht erwarten, dass barrierefreier Tourismus sehr gut funktioniert, wenn die Leute hierzu nicht die Ausbildung haben oder die Sensibilisierung mitbekommen haben. Ich denke, auch in diesem Bereich muss man sehr viel unternehmen. Es wurde vorhin schon angesprochen, dass in Fach- bzw. Berufsschulen das Thema mehr in den Unterricht eingebunden wird, damit eine gewisse Selbstverständlichkeit gegenüber Menschen mit Mobilitätseinschränkung stattfindet. Das Sensibilisierungsprogramm, Herr Fischer erwähnte es bereits, „Gastfreundschaft für Alle“ ist sehr gut angekommen und läuft auch weiter. Aber es reicht nicht, wenn wir einzelne touristische Regionen darauf schulen, wichtig ist doch, dass man schon im Ansatz, also in der Berufsschule, für dieses Thema sensibilisiert und somit auch bei Jugendlichen das Thema vorantreibt und entsprechend dann in Fachhochschulen einbringt. Es gibt inzwischen zwei Fachhochschulen, die Barrierefreiheit als Thema haben, aber das ist für die ganze Republik zu wenig.

Barrierefreiheit und Förderwesen haben Sie auch angesprochen in Ihren Leitlinien. Wir denken natürlich, dass es heutzutage im Tourismus keinerlei Förderung mehr geben sollte, ohne dass man das Thema Barrierefreiheit darin verankert. Nur so ist es unseres Erachtens möglich, das Thema Barrierefreiheit auf Vordermann zu bringen und somit auch den „Tourismus für Alle“ möglich zu machen. Ich denke, dass man im internationalen Austausch das Thema Barrierefreiheit wesentlich verbessern muss, weil gerade im Ausland das Thema Barrierefreiheit in Deutschland unterrepräsentiert ist. Es kommen viele mobilitätseingeschränkte Menschen auch nach Deutschland, die wollen natürlich wissen, wie gut komme ich in Deutschland mit meiner Mobilitätseinschränkung zurecht. Vielen Dank.

**Klaus Laepple (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)):** Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Bundesverband der Tourismuswirtschaft begrüßt natürlich, dass die Bundesregierung sich der Mühe unterzogen hat, tourismuspolitische Leitlinien zu erstellen und diese dann auch im Kabinett zu verabschieden. Insofern bin ich natürlich etwas irritiert darüber, dass wir sozusagen im Nachhinein diskutieren, denn alles das was hier geschrieben steht, ist vom Kabinett verabschiedet und wir können jetzt zwar darüber reden aber nichts mehr

daran ändern, wenn ich das richtig sehe.

Für die tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung hat man insgesamt neun Überschriften gewählt. Einmal den Wirtschaftsfaktor Tourismus, die Rahmenbedingungen, die Nachhaltigkeit, den Demographischen Wandel, Qualität, Qualifizierung, Produkt Deutschland, Teilhabe und Zusammenarbeit. Immerhin neun große Oberpunkte, unter die man nach Bedarf und Interesse sehr viel oder auch möglicherweise weniger subsumieren kann. Ich will versuchen, mit sieben Punkten auszukommen ich brauche keine neun.

Punkt Nr. 1: Tourismus ist ohne Mobilität nicht durchführbar. Wer Tourismus will, muss auch für Mobilität sein, wer für Mobilität sein will, muss auch bereit sein dann dezidiert zu sagen, wo und wie das ablaufen soll und hier insbesondere auch Punkte, die eben schon angesprochen wurden, aber auch darüber hinaus gehende Punkte, in aller wünschenswerten Deutlichkeit ansprechen und damit auch klar machen, dass es hier natürlich auch immer wieder Abwägungsprozesse gibt und dass hier möglicherweise auch Gegensätze sind, die dann aber in irgendeiner Form auch aufgelöst werden müssen.

Was wir weiterhin benötigen, und das ist jedem, der mit den praktischen Dingen des Lebens zu tun hat, bekannt, dass natürlich die Dauer und die Planungsgenehmigungsverfahren und auch unser Arbeitsrecht einer dringenden Revision bedürfen.

Ein weiterer Punkt, der hier immer wieder von großer Bedeutung ist, sowohl für Outgoing wie Incoming, beides ist für uns gleich wichtig, ist natürlich der Ausbau der Flughafeninfrastruktur. Hier geht es einmal um die großen Drehkreuze, wie beispielsweise Frankfurt und München. Darüber hinaus aber auch um die großen Regionalflughäfen, die vernünftig ausgebaut werden müssen und wo man auch darüber nachdenken muss, ob man gesetzliche Voraussetzungen schafft, die es auch erlauben, dass wir hier nicht auf den letzten Platz in Europa gedrängt werden, weil wir offenkundig mehr Verbote als Gebote erlassen.

Ein nächster Punkt sind Bus und Bahn. Auch die müssen in diese Mobilitätsüberlegungen mit einbezogen werden. Es muss gewährleistet sein, dass hier eine vernünftige Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger nun auch erfolgt. Ich glaube, das ist möglich und bei gutem Willen aller Beteiligten sollte es zumindest möglich sein. Ich unterstelle, dass der gute Wille da ist, was noch ein bisschen fehlt ist wohl die Tat.

Dann wird zu Recht darauf hingewiesen, ich zitiere wörtlich aus den Leitlinien: „Das positive Deutschlandbild soll kraftvoll von einer starken Deutschen Zentrale für Tourismus vermarktet werden“. Ernst Fischer hat dankenswerterweise dazu schon Stellung genommen. Das hört sich ja wunderbar an, nur wenn man dann sieht, wie die einzelnen Schritte in der Praxis erfolgen, dann muss man sagen: alles ein bisschen zu kurz gesprungen. Wie soll denn eine kraftvolle und positive Vermarktung Deutschlands erfolgen, wenn die Bereitschaft zur Verfügungstellung der entsprechenden Mittel nicht gegeben ist.

Dann noch ein letzter Punkt aus meiner Sicht. Es ist das Thema, was wir hier schon seit Jahren immer wieder ansprechen, aber was bestimmte Leute offenkundig nur dann interessiert, wenn das Thema wieder ansteht, aber dann sofort wieder in Vergessenheit gerät, obwohl es von enormer Bedeutung ist, das ist die Entzerrung der Schulferien. Wir haben hier mehrfach darüber gesprochen und es ist uns immer wieder zugesagt worden, dass etwas geschehen soll. Das was geschehen ist, ist jetzt mittlerweile eine Verabschiedung bis 2017, die unseren Vorstellungen und den Vorstellungen der Tourismuswirtschaft insgesamt in gar keiner Weise entspricht. Ich glaube, hier wäre auch ein weites Handlungsfeld, denn auch das gehört natürlich mit dazu, dass man, wenn man über Rahmenbedingungen spricht, unter anderem auch diesen Aspekt mit berücksichtigt. Ich möchte es jetzt dabei bewenden lassen und stehe anschließend für Fragen gerne zur Verfügung. Danke schön.

**Dr. Markus Mempel (Referent für Tourismus beim Deutschen Landkreistag):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank auch von mir von Seiten des Deutschen Landkreistages für die Gelegenheit, hier Stellung nehmen zu dürfen. Ich möchte einige Punkte aus unserer Sicht ergänzen und im Übrigen auf unsere Stellungnahme verweisen. Für die Landkreise als Tourismusförderer in der Fläche sind die tourismuspolitischen Leitlinien Anlass, sich an dieser Stelle einzubringen, denn wir sehen das als sehr wichtige Querschnittsaufgabe, gerade für strukturell eher unterentwickelte Landkreise. Strukturschwäche und Tourismus fallen oft zusammen, oft ist die Entwicklung des touristischen Potenzials alternativlos für Kreise, die ansonsten eine etwas problematische Wirtschaftsstruktur aufweisen. Deswegen sprechen wir uns generell dafür aus, den ländlichen Tourismus als eige-

nes Segment weiter zu stärken. Das muss kein Gegensatz zum Städte- und Kulturtourismus sein, sondern es sollen gleichberechtigte Rahmenbedingungen gelten.

Ich teile das, was bisher im Podium gesagt wurde hinsichtlich des Aufschlagscharakters dieser tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung. Es kann natürlich nicht dabei stehen geblieben werden, hier würde ich den Spruch einbringen „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“. Ich habe die Debatte jetzt nicht so verstanden, dass die tourismuspolitischen Leitlinien abgeschlossen sind, sondern den Aufschlag für etwas Konkretes, für eine Debatte danach bilden sollen, wie man diese guten und richtigen Gedanken ganz konkret mit Leben füllt. Insofern wünschen wir uns, ähnlich zur Debatte um die Zukunft ländlicher Räume, die in der interministeriellen Arbeitsgruppe ländliche Räume vor kurzem einen Zwischenabschluss gefunden hat, auch eine Debatte im Tourismusbereich, die notwendig ist, um erst einmal einen Zielkorridor festzulegen, zu sehen, worauf lege ich meine Prioritäten, was müssen die zuvordersten Anstrengungen einer solchen Initiative sein.

Ich habe bereits ausgeführt, dass uns die Entwicklung des ländlichen Potenzials besonders am Herzen liegt. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, dass es eine gewisse Parallelität der Entwicklung in der Raumordnungspolitik als auch in der Tourismusförderung gibt. Hier warnen wir davor, den Blick zu sehr auf urbane Ballungszentren zu richten, sondern immer auch den ländlichen Raum angemessen im Blick zu behalten. Beispielsweise kann man das an Ländern wie NRW festmachen, wo Entwicklungsstrategien, Marketinganstrengungen und Fördermittel im Gespräch sind in erster Linie auf die Hauptballungszentren gerichtet zu werden.

Anmerken möchte ich dazu, ohne einen Antagonismus bilden zu wollen, dass eben die wesentlichen Ferienregionen in Deutschland auf dem Land liegen. Daher müssen wir auch den Blick dahin richten.

Deshalb, das betrifft den Tourismus auch, sind wir für eine weitere Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum. Hier hat Herr Feige gesagt, Regionalentwicklung und Tourismus muss als ganzheitliches System begriffen werden. Das sehen wir genauso und unterstützen in diesem Zusammenhang die Bestrebungen innerhalb des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hier die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz zu öffnen und zu erweitern, um eben auch u.a. die touristische, aber auch mittelständische handwerkliche Infrastruktur, also Unternehmensansiedelung, in diesen Bereichen weiter zu unterstützen.

Mein letzter Punkt: Ohne in das Klaglied der Kommunalfinanzen allzu laut einzustimmen, möchte ich darauf hinweisen, dass in Anbetracht der doch absehbaren und gesicherten demographischen Entwicklung ein kraftvolles, finanzielles Handeln vor Ort in Zukunft nicht leichter werden wird. Insofern ist es hier auch, vor dem Hintergrund, dass der Bund bei der Steuerverteilung auch den Rahmen setzt, wichtig noch einmal anzumerken, dass diese Probleme gerade des Auseinanderdriftens von finanzstarken- und finanzschwachen Gegenden, das hat nichts mit Stadt oder Land zu tun, in den Blick genommen werden und einer Lösung zugeführt werden müssen. Sonst besteht die Gefahr, dass den Kommunen und insbesondere den Landkreisen als Tourismusförderer, die diese Tourismusförderungsaufgabe als freiwillige Aufgabe schultern, die finanzielle Puste ausgeht. Das wäre eine ganz beklagenswerte Entwicklung.

Ich möchte noch bemerken, dass wir den Bund sehr wohl als zuständigen Ansprechpartner in Tourismusfragen begreifen, obwohl natürlich die ganzen Fachpolitiken in erster Linie auf Länderebene spielen. Dennoch finden wir, ist es Aufgabe des Bundes hier, ähnlich der interministeriellen Arbeitsgruppe ländliche Räume, eine Koordinierungsfunktion zu haben, ein Impulsgeber zu sein bzw. bei eigenen Zuständigkeiten zu schauen, was kann verbessert werden.

Zu weiteren Punkten würde ich gern auf unsere Stellungnahme verweisen, da befinden sich dann Anmerkungen zu Rundfunkgebühren, Umsatzsteuer, Verkehr, Sommerferienregelung, Statistik etc. Vielen Dank.

**Reinhard Meyer (Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV)):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, Sachverständige neigen dazu, etwas kritisch mit diesen Themen umzugehen, genauso wie Verbandsvertreter. Deswegen möchte ich gleich zu Beginn meinen Dank sagen zu diesen tourismuspolitischen Leitlinien, weil das etwas ist, was der Deutsche Tourismusverband immer gefordert hat und nun liegt es vor. Ich fasse das als ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Dienstleistungssektor Tourismus auf.

Von den 2,8 Mio. Arbeitsplätzen war heute schon die Rede und man muss dazu sagen, das sind Arbeitsplätze, die nicht exportierbar sind.

Selbstverständlich müssen wir an diesen Leitlinien weiter arbeiten. Ich glaube es ist wichtig, darauf hin-

zuweisen, das wurde auch bereits an anderer Stelle getan, dass man über mittlere Sicht eine tourismuspolitische Strategie braucht. Wir vom Deutschen Tourismusverband würden uns wünschen, dass es in der nächsten Legislaturperiode es zu einem nationalen Tourismuskonzept für Deutschland kommt. Im Hinblick auf die tourismuspolitischen Leitlinien kommt es nach unserer Auffassung jetzt darauf an, diese Leitlinien mit Leben zu füllen und ich möchte hierzu einige Punkte nennen.

Erstens, der gesamte Komplex der Infrastruktur und des Verkehrs. Dazu ist einiges gesagt worden. Ich bin der Auffassung, dass die Infrastruktur in Deutschland gut ist, aber ich glaube es ist wichtig zu be- greifen, dass wir sie pflegen müssen, dass wir die Investitionen ständig hoch halten müssen. Es gibt natürlich Einzelfragen, auf die schon hingewiesen wurde, insbesondere eine bessere Erreichbarkeit der Ferienregionen in der Fläche mit Bahn und Bus ect.

Zweitens, wir brauchen Investitionen in und eine Entlastung für touristische Betriebe. Das bedeutet in der aktuellen Situation der Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem auf der Länderebene, aber auch in Ver- bindung mit dem Bund, dass wir für die kleine und mittelständische Struktur des Tourismus in Deutsch- land geeignete Förderprogramme brauchen. Wenn wir z.B. bei der Barrierefreiheit darüber reden, dass es Modernisierungsbedarf gibt, dann muss das auch finanziert werden. Das bedeutet auch, dass natür- lich Druck von der Politik auf die Bankenwelt gemacht werden muss, damit das, was dort in Milliarden hineinfließt auch letztendlich in der deutschen Wirtschaft und hier im Tourismus landet, was die Kredit- fähigkeit angeht. Das ist ganz wichtig.

Bei der Entlastung sind wir gemeinsam mit dem DEHOGA für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Ich will auch auf die Bundesratsinitiative hinweisen, die Bayern angestoßen hat, und der Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern beigetreten sind. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass, wenn ein reduzierter Mehrwertsteuersatz durchgesetzt wird, man sich in der Branche über einen Investitionspakt verständigt, dass es nicht darum geht, dass man dieses Geld als zusätzlichen Gewinn bekommt bei Steuermindereinnahmen, sondern dass wir gemeinsam darüber reden, wie das in den Betrieben investiert werden kann.

Nächster Punkt, Sommerferienregelung, Herr Laepple hat darauf hingewiesen, da wird insbesondere der Druck auf die Länder notwendig sein. Ich sage aber auch, das funktioniert nur, wenn alle Länder am rollierenden System teilnehmen, also auch die Länder Bayern und Baden-Württemberg. Das hat bisher eine in sich konsistente Lösung eher verhindert.

Lassen Sie mich noch zwei Themen aufgreifen, die dem Deutschen Tourismusverband, auch was seine Projekte und seine Kompetenz angeht, sehr wichtig sind. Zum einen das Thema Klimawandel und nach- haltige Tourismusedwicklung. Hier müssen wir in Deutschland noch mehr tun. Ganz einfach gesagt, wenn wir mit dem Label Natur werben, mit Wandern, mit Fahrradtourismus, dann müssen die naturräum- lichen Voraussetzungen stimmen. Hier gibt es noch einiges zu tun, damit wir natur- und landschaftsver- träglichen Tourismus in Zukunft fördern können.

Ein weiterer Punkt, der demographische Wandel unter dem besonderen Aspekt, den ich hier betonen möchte, weil es ein Megatrend auch weiterhin für die Zukunft sein wird vor dem Hintergrund des staat- lichen Gesundheitssystems. Immer mehr Leute investieren ihr privates Geld in ihre Gesundheitsvorsorge und dadurch ist das Marktsegment des Gesundheitstourismus für die Zukunft ungemein wichtig. Es ist dem Bundeswirtschaftsministerium zu verdanken, dass gemeinsam mit dem Deutschen Tourismusver- band hier ein Projekt angestoßen worden ist, um mehr Überblick zu schaffen in einem neuen Markt, der noch sehr unübersichtlich für die jeweiligen Kunden ist.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Barrierefreiheit noch einmal ausdrücklich betonen. Hier geht es vor allen Dingen darum, dass wir Qualitätsstandards entwickeln. Frau Mortler, Sie hatten gestern auf dem parlamentarischen Abend darauf hingewiesen. Da ist es dem DTV, wie so manchem Kunden ergangen, dass man ein Angebot eingeholt hat über eine barrierefreie Möglichkeit und vor Ort stellt man plötzlich fest, dass die nicht gegeben ist. Ich glaube auch hier müssen wir an diesem Stück weiter arbeiten.

Es gibt eine Daueraufgabe, der sich der Deutsche Tourismusverband verschrieben hat, und die wir beim Deutschlandtourismus hochhalten müssen, nämlich das Thema Service und Qualität. Ich glaube, dass wir insbesondere dafür sorgen müssen, dass Deutschland die Urlaubsdestination in Europa ist mit dem besten Preis- Leistungsverhältnis. Dann werden wir sicherlich von alleine wettbewerbsfähig bleiben. Dazu gehören Klassifizierung, Zertifizierung, Koordinierung und natürlich ein entsprechendes Qualitäts- controlling.

Letzte Bemerkung, quasi ein Wunsch für die nächste Legislaturperiode. Wir vom Deutschen Tourismusverband wünschen uns, damit der Tourismus auch in Berlin in der Bundespolitik zusätzliche Bedeutung gewinnt, ein Ministerium, das den Tourismus in seinem Namen trägt. Da könnte dann eine klare Aufgabenzuordnung erfolgen und mehr Durchschlagskraft entstehen. Vielen Dank.

**Axel Welge (Hauptreferent für Umwelt und Tourismus beim Deutschen Städtetag):** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, vielen Dank auch seitens des Deutschen Städtetages für die Gelegenheit Ihnen hier einige Anmerkungen geben zu dürfen zu den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung, die wir, das haben Sie unserer Stellungnahme entnehmen können, im Grundsatz unterstützen. Wir halten sie nicht nur von den Überschriften, sondern auch vom Inhalt her für richtig, machen sie doch deutlich, dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und es gleichzeitig viele Herausforderungen gibt, die wir in den nächsten Jahren anpacken müssen. Wir begreifen die tourismuspolitischen Leitlinien als eine Art Rahmen, der von uns, von allen beteiligten Kreisen, allen tourismusinteressierten und im Tourismus arbeitenden Menschen gefüllt werden muss. Er muss gefüllt werden mit Leben, aber auch mit Forderungen, die in den nächsten Jahren umzusetzen sind, gerade von der Bundesebene, damit das Ganze nicht reine Makulatur bleibt.

Der Tourismus, es ist schon angedeutet worden von Herrn Dr. Mempel, ist eine Querschnittsaufgabe, der sich natürlich auch die Städte stellen und auch sehr gerne stellen, weil wir glauben, dass wir in unserer Attraktivität in Deutschland, insbesondere in den Ballungsräumen, aber nicht nur dort, sehr viel zu bieten haben. Wir meinen aber, dass um dieses Niveau zu erhalten und möglichst noch auszubauen, wir tatsächlich Unterstützung von Bund und Ländern brauchen. Ich will einige Bereiche herausgreifen, die uns besonders am Herzen liegen und die nach unserer Auffassung dringend in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages angepackt werden sollten.

Der erste Bereich ist der Bereich Stadtentwicklung, der zweite der Bereich Verkehr, der dritte der Bereich Klimaschutz und last but not least der Kulturbereich.

Zum Bereich Stadtentwicklung nur einige wenige Bemerkungen. Wir haben in der Vergangenheit sehr erfolgreich eine Städtebauförderung gehabt von Bund und Ländern gemeinsam mit den Kommunen, die dazu geführt hat, dass unsere Städte deutschlandweit in Ost und West und Nord und Süd attraktiv erhalten werden konnten. Wir meinen, dass es dringend notwendig ist, trotz aller Einsparbemühungen das jetzige Niveau der Städtebauförderung zu erhalten und möglichst noch auszubauen. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang für uns erforderlich, sich zu konzentrieren bei der zukünftigen Entwicklung auf die Innenstädte, insbesondere sind die Ballungsräume zu stärken. Das hat nicht nur tourismuspolitische Gründe, weil man natürlich weiß, je attraktiver die Innenstädte sind, desto mehr Touristen kommen dorthin. Nein, und das wird auch in den Leitlinien angesprochen, das hat auch Gründe des Umweltschutzes, die für uns sehr wichtig sind. Eine weitere Zersiedelung der Landschaft, eines so dicht besiedelten Landes wie der Bundesrepublik Deutschland, können wir uns nicht erlauben und wollen es auch nicht erlauben. Deswegen halten wir eine Konzentration von Fördermitteln auf den Innenstadtbereich für wichtig.

Nächster Punkt, der Verkehrsbereich, der von meinen Vorrednern ja auch schon kommentiert worden ist. Es ist eine Binsenweisheit, aber sie muss immer wiederholt werden, nur Städte die mit Verkehrsmitteln gut erreichbar sind, sind auch touristisch attraktive Städte. Das wissen natürlich alle für den Tourismus Verantwortlichen. Aber man muss es gerade dem Bund immer wieder ins Stammbuch schreiben, vor dem Hintergrund von in den nächsten Jahren weg brechenden Finanzierungsmitteln. Wir haben in unserer Stellungnahme, und das ist für uns wirklich sehr wichtig, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz angesprochen, was seit 1971 für uns in den Städten das Rückgrat der gemeindlichen Verkehrsfinanzierung war. Das steht in Frage seit der Föderalismusreform und wir wissen nicht, wie es nach 2013 weitergeht. Und da bitte ich sehr dringend auch die Abgeordneten, die für den Tourismus zuständig sind, hier in der nächsten Legislaturperiode einzuwirken, um gemeinsam mit den Verkehrspolitikern eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung hinzubekommen, die für uns im städtischen Bereich, Stichwort öffentlicher Nahverkehr, aber auch für ein gut ausgebautes Straßennetz, sehr wichtig und erforderlich ist.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit Verkehr, der auch bei den Touristikern eine Rolle spielt, nur Städte, die eine gesunde Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger vorweisen können, sind auch Städte, die für die Touristen attraktiv sind. Wir müssen im Bereich Verkehrslärmschutz, im Bereich Schadstoffausstoße weiterkommen. Hier gibt es europäische Vorgaben, die wir derzeit sehr mühevoll in den Städten umsetzen. Ich nenne nur das Stichwort Umweltzonen, das aus tourismuspolitischer Sicht nicht immer einfach ist im Umgang. Das sind für uns aber wichtige Aspekte, denn wenn wir es schaffen, die Lebens- und Luftqualität in den Städten gut zu erhalten, dann kommen die Menschen auch zu uns,

dann findet dort Tourismus statt und auch für die Tourismuswirtschaft ist das ein wichtiger Standortfaktor.

Nun ein Punkt, den ich ansprechen möchte, der ist bei Ihnen auch zu Recht thematisiert worden, das ist das Stichwort Klimaschutz. Wenn man sich die Anpassungsstrategie der Bundesregierung, die wir im Übrigen für richtig und gut halten, genauer anschaut, dann sieht man, dass wir deutschlandweit in den nächsten 10, 15, 20 Jahren möglicherweise aber auch noch schneller enorme Probleme auch für den Tourismus bekommen werden. Das betrifft zum einen die Küstenregionen im Norden Deutschlands, es betrifft aber auch den gesamten Oberrheingraben und die Ballungsräume dort und es geht bis ins Brandenburgische hinein, Stichwort Dürreperioden und damit unattraktive Regionen auch für den Tourismus. Das ist sicherlich eine der zentralen Aufgaben aller gesellschaftspolitischen Kräfte. Dazu gehören selbstverständlich auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Hier müssen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wirklich viel tun und da bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass das für uns eine der zentralen Herausforderungen im städtischen Bereich ist. Wenn wir es nicht schaffen, in den Städten auch das Kleinklima so gut zu erhalten, dass die Menschen zu uns kommen können, das geht in viele Bereiche herein, wir haben es in unserer Stellungnahme ausgeführt, dann wird es für den Tourismus auch schwieriger. Das ist wirklich ein großes Problem. Es gibt auf der anderen Seite, das möchte ich in diesem Zusammenhang auch nicht verschweigen, auch durchaus Chancen im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel. So zynisch das klingen mag, aber wenn der Urlaub im Süden Europas unattraktiver wird, wird man in Deutschland auch mehr Urlaub machen wollen. Das ist natürlich ein positiver Nebeneffekt, gleichwohl aber kein erwünschter, das darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Nur man muss bei allen Risiken, die damit verbunden sind, natürlich auch die Chancen sehen.

Letzter Punkt, ganz wichtig ist für uns der Kulturbereich. Dieser Bereich ist nicht direkt angesprochen worden, aber der Kulturbereich ist für uns in doppelter Hinsicht wichtig. Einerseits für die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte, weil die Kultur und damit auch die Geschichte einer Stadt, einer Region eine große Rolle spielt im Hinblick auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Je eher das die Menschen können, desto besser können sie auch Touristen empfangen. Je eher die Menschen bereit sind mitzuwirken an der Kultur vor Ort, desto eher wird es für die Touristen attraktiv. Ich möchte nicht nur die großen Events herausgreifen, sondern es ist eine Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen, die in den Städten stattfinden, die die Menschen anziehen. Hierauf werden wir in den nächsten Jahren auch verstärkt Wert legen, weil wir merken, dass dies natürlich ein enormer Magnet ist für den Städtetourismus. Wir wären auch dankbar, wenn der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten und selbstverständlich auch die Länder, uns in den nächsten Jahren noch weiter finanziell unter die Arme greifen könnten. Da wären wir sehr dankbar und wir denken, das ist eine gute Chance, Deutschland auch im Ausland gut darzustellen.

Meine Damen und Herren, dabei möchte ich es bewenden lassen, ein letztes Wort vielleicht in Abwandlung einer bekannten Redewendung „Städte gut, Tourismus gut“, so ähnlich sehen wir das auch. Was den Menschen in den Städten nützt, nützt gleichzeitig den Touristen und ist damit auch ein bisschen Wirtschaftsfaktor. Vielen Dank.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Vielen Dank nochmals an alle Experten. Ich möchte einen Experten herausgreifen, der folgendes gesagt hat: „Diese tourismuspolitischen Leitlinien sind für mich ein Bekenntnis zum Dienstleistungssektor Tourismus“. Unsere Aufgabe, nämlich die Aufgabe der Politik, aber auch aller Akteure, ist es jetzt diese Leitlinien mit Leben zu erfüllen. Damit leite ich die erste Obleuterunde ein, zunächst hat Herr Brähmig das Wort.

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):** Frau Vorsitzende, lieber Ernst Hinsken, meine sehr geehrten Herren Sachverständige, auch von Seiten der Union herzlichen Dank für die Stellungnahmen. Man kann sagen, dass sich die Politik, und hier besonders unser Tourismusbeauftragter, auf den Weg gemacht hat, eine sehr schwierige Materie gewissermaßen in ein Koordinatensystem zu bringen. Mein Wunsch und meine Bitte ist natürlich, dass auch die Verbände, und Sie stehen hier exemplarisch für viele andere mehr, sich mit den Dingen intensiv weiterhin beschäftigen und die Agenda mit Leben ausfüllen. Die Frage ist ja, ob wir als Politiker das machen sollen oder ob das lieber die Betroffenen machen sollen, für die wir dieses Koordinatensystem vorgeben haben.

Ich möchte einmal sehr lobend die Stellungnahme von Herrn Meyer vom Deutschen Tourismusverband herausheben, der den Weg hier vorgezeigt hat und vor allem auch eigene Defizite aufzeigt, die in den nächsten Jahren für den Verband als Aufgabe stehen, um sich den Herausforderungen in Deutschland, in Europa und der Welt, was den Tourismus angeht, neu zu stellen. Ich möchte als Stichwort die Überorganisation des Tourismus und die viel zu starke Kleingliedrigkeit der Strukturen nennen, die uns im



Wettbewerb mit Zentralstaaten hemmen, die gewissermaßen eine starke Führung haben. Der Chef in Frankreich, Österreich usw. entscheidet und dann wird es letztendlich so gemacht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich persönlich keine Widersprüche in den Leitlinien sehe. Wir alle wissen, dass die wesentliche Tourismuspolitik in Deutschland in den Bundesländern gemacht wird, ob es uns gefällt oder nicht, so ist es. Auch hier kann ich nur appellieren, wir brauchen in den Bundesländern endlich Tourismusgesetze, wie das in anderen europäischen Ländern der Fall ist, um die Dinge wirklich beim Namen zu nennen. Ich sage Ihnen auch ganz offen, hier wünschte ich mir, dass z.B. der Landkreistag ganz klar seinen Landräten verdeutlicht, dass man die Leitlinien mit Leben ausfüllen kann, indem man sagt, erklärt bitte im Rahmen eurer Möglichkeiten den Tourismus zu einer kommunalen Pflichtaufgabe. Nehmen Sie als Experten das als Botschaft mit nach Hause und dann sind wir schon wieder ein gutes Stück weiter.

Wettbewerbsverzerrung, das ist eine dauernde Aufgabe, Herr Fischer, das steht in fast allen Wahlprogrammen und da können Sie sich darauf verlassen, dass wir hier nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden werden.

Ich möchte noch ganz kurz auf das Thema Barrierefreiheit eingehen. Auch hier hat unser Tourismusbeauftragter in dieser Legislaturperiode wegweisende Dinge entwickelt. Es gibt eine Arbeitsgruppe, in der mehrere Regionen in Deutschland exemplarisch zusammen arbeiten. Soweit ich weiß, wollen noch mehr Regionen mitmachen, weil sie genau gesehen haben, das ist der Zukunftsmarkt mit einer Gruppe von kaufkraftstarken Gästen von weit über acht Millionen. In vielen Regionen wird das noch nicht so gesehen, wie es sein muss. Unter der Leitung unserer Ausschussvorsitzenden werden wir demnächst Sachsen besuchen und uns dem Thema barrierefrei Reisen in Einrichtungen, in Kirchen, in Hotels, in Verkehrseinrichtungen widmen, also die gesamte Wertschöpfungskette uns anschauen. Ich glaube, das wird im Nachgang weitere Impulse bringen. Hier hat sich Kollege Dr. Seifert auch sehr intensiv eingebracht.

Ich sage Ihnen auch ganz offen, mich gruselt es manchmal, wenn ich mir anschau, wie der Tourismus in der Wirtschaft selber organisiert ist. Nehmen Sie z.B. Arcandor. Wir haben eine Verschachtelung von Institutionen, die muss wieder in Ordnung gebracht werden, und zwar nicht durch die Politik, sondern durch die Wirtschaft selber. Wenn die Verschachtelung nämlich nicht läuft, wo Kapital abgezogen wird und eine neue Firma gegründet wird und die kleinen Mitbewerber kaltgestellt und abrasiert werden, kommt man zur Politik und will Milliarden haben. So funktioniert das Spiel nicht. Sie sehen doch, die Firma, die sich ordentlich aufstellt in ihrem Segment, von dem sie was versteht, die hat letztendlich auch wirtschaftlichen Erfolg. Diese ganze „Fusionities“, wenn ich das so sagen darf, das ist die Krankheit unseres Wirtschaftssystems. Es ist gar nicht mehr klar, wenn ich zum Bäcker gehe, ob ich dort ein Brötchen bekomme, sondern ich habe da vielleicht ein Automobil, ein Unterhemd oder einen Kochtopf gekauft. So funktioniert ja momentan die Wirtschaft. Wir müssen wieder auf die alten kaufmännischen Grundsätze zurückkommen und dann werden wir in Deutschland wieder Erfolg haben.

Ich möchte zum Schluss noch drei kurze Fragen stellen. Herr Kreiter, Sie hatten die Broschüren angesprochen, die verschiedene Bundesländer aufgelegt haben. Ich bin selber Vorsitzender eines Tourismusverbandes, wir wollen keine Extrabroschüre, sondern wir wollen mit einem Piktogramm in den Broschüren, die für alle zugänglich sind, ganz klar nachweisen, dass die Einrichtung barrierefrei ist von der Toilette bis zur Gaststätte, von Verkehrseinrichtungen bis zur Übernachtung. Ist das auch in Ihrem Sinne oder wollen Sie unbedingt eine Sonderbroschüre haben, dass ich sozusagen die Gruppe ausgesondert habe oder wollen Sie lieber mit der Gemeinschaft aller Gästegruppen aufgeführt sein?

Eine weitere Frage geht an Herrn Welge: Wir haben die Umweltzonen hier im Bund als eine Rahmenvorgabe aus Brüssel erfüllen müssen. Das sagt aber noch lange nicht, dass die Städte und Gemeinden sich in Deutschland nun überbieten müssen, Umweltzonen einzuführen und damit das Wachstumssegment, was funktioniert, nämlich die Busbranche an der Stadtmauer stehen zu lassen. Hier die Bitte, redet in den Städten und Gemeinden, Umweltzonen müssen nicht unbedingt eingeführt werden. Es sei denn, es gibt langfristige Übergangsregelungen, um hier dann die Ausstattung der Busse und Gerätschaften langfristig zu organisieren.

Eine letzte Anmerkung. Stichwort Taxi. Ich glaube, hier müssen wir auch versuchen auf Qualität zu setzen. Da gibt es gute Beispiele, in Rostock zum Beispiel, dort habe ich es mir selber angesehen. Dort sagt die Kommune, es gibt keine exorbitante Ausweitung von Konzessionen und die Qualität funktioniert. Die Taxifahrer sind zufrieden, die Umsätze sind in Ordnung. Wenn ein Taxibetrieb vom Netz geht, geht

die Konzession an die Stadt zurück und die entscheidet dann mit den Anbietern, ob weitere Konzessionen ausgegeben werden. Zur Frage von Qualität, Schilder, Ausweise, Bekleidung, Sprachtest usw. gibt es sehr negative Beispiele. Das ist leider auch in unserer Bundeshauptstadt ein Thema, wo jeden Tag auf der ersten Seite negative Artikel über das Taxigewerbe stehen. Auch hier also nicht eine Sache der Politik, sondern Sache der Verbände, der Institutionen, der Gebietskörperschaften, die in unserem föderalen Staat aus meiner Sicht eine Menge bewegen können.

Ich freue mich auf die spannende Diskussion der nächsten Wochen und Monate. Sie haben sicherlich auch einen Beitrag dazu zu leisten, wie die Konstellation nach der Wahl hier in Berlin ist. Aber Sie können sich gewiss sein, dass das Thema Tourismus weiter auf einem hohen Niveau auch in der nächsten Legislaturperiode diskutiert wird. Vielen Dank.

**Annette Faße (SPD):** Vielen Dank Frau Vorsitzende, meine Herren, vielen Dank für die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen, die Sie gegeben haben. Um das Ganze in das richtige Licht zu rücken, möchte ich sagen, dass wir hier als Tourismusabgeordnete der Bundesregierung einen Auftrag erteilt haben, nämlich Leitlinien zu entwickeln, damit wir Perspektiven bekommen, wohin soll der Tourismus in Deutschland gehen. Dankenswerterweise hat Herr Hinsken diesen Auftrag sehr ernst genommen. Wenn er in die Entwicklung der Leitlinien eingebunden hat oder nicht ist seine Entscheidung, aber ich sage ganz deutlich, wer sich nicht eingebunden fühlen sollte, sollte an dem Masterplan Tourismus, ich nehme den Vorschlag von Herrn Gehrmann auf, mitarbeiten. Und viele Ihrer Vorstellungen sind da sehr wichtig und müssen mit eingebunden werden. Das ist aber ein längerer Prozess und das kann man nicht machen, indem man sagt in einem halben Jahr wollen wir hier als Abgeordnete Leitlinien haben, sondern dafür brauchen wir mindestens ein Jahr und viele Runden und da muss vieles miteinander auch ausgefochten werden. Von daher sind wir nach den Leitlinien, aber vor dem Masterplan und ich glaube, dass wir hier alle sehr viel zu tun haben.

Ich habe den Eindruck, dass etliche der Forderungen sich in den vielen Anträgen wiederfinden, die wir als Abgeordnete in dieser Legislaturperiode gestellt haben. Wir sind mit vielen Ihrer Forderungen vollkommen einverstanden. Da wir alle noch in anderen Ausschüssen sind, ich z.B. im Verkehrsausschuss, weiß ich natürlich um die Kämpfe der Anbindung von Regionen. Ich weiß auch um die Diskussion ICE, was haben wir alles versucht, was machen wir alles in diesem Bereich. Von daher sind viele Ihrer Forderungen schon lange hier auf einen fruchtbaren Boden gestoßen. Ich bin seit 1987 in diesem Ausschuss und da haben wir den ersten Antrag zur Barrierefreiheit gestellt. Wenn ich mir jetzt überlege, wo wir heute sind, es ist schließlich über 20 Jahre her, dann muss ich mich fragen, warum sind wir immer noch nicht weiter.

Bei den anderen Punkten, die angesprochen und auch kritisch angemerkt wurden, sind wir auf einem guten Weg. Zum ganzen Bereich Aus- und Weiterbildung ist ein Antrag in Arbeit und heute wird das Flughafenkonzept im Kabinett beraten, um das noch einmal deutlich zu sagen. Wir haben heute die Beschlüsse gefasst zu European Open Sky, um das zu regeln, das war eine Dauerforderung, die uns als Touristiker natürlich sehr betrifft.

Ich möchte jetzt zu meinen Fragen kommen. Bei einigen schriftlichen Stellungnahmen, bis auf Prof. Feige, wurde die Frage nach der Statistik noch einmal erhoben. Bisher wurde immer gefordert Bürokratieabbau, also weniger Statistik. Ich hätte gerne Unterstützung dabei, wenn wir das neu angehen sollen, was brauchen wir dann. Sollen wir wieder unter 8-Betten anfangen, was soll da eigentlich passieren?

Zweiter Punkt: Management im Qualitätsbereich und auch Controlling vom Management, das ist ein großes Feld. Wir haben verschiedene Initiativen, auch durch den DTV. Brauchen wir noch mehr Qualitätssiegel, brauchen wir noch mehr Wettbewerb in den Bereichen? Würden Sie mir zustimmen, Ausbildung, Angebote, Marketing, sollte sich darauf ein Qualitätsmanagement fokussieren oder sollte es anders oder breiter angelegt sein?

Dritter Bereich, heute noch nicht thematisiert. Ich habe den Eindruck, dass auf europäischer Ebene sehr viel mehr passiert als wir hier im Moment registrieren. Ich habe den Eindruck, die europäische Politik nimmt durch die verschiedenen Fachbereiche immer mehr direkten oder indirekten Einfluss auf die Tourismuspolitik. Von daher meine Frage, muss der Einfluss der EU eher kritisch oder skeptisch gesehen werden? Wie können wir eine bessere Vernetzung herstellen oder würden Sie sagen, jawohl die EU muss auch auf Tourismuspolitik mehr Einfluss nehmen als es heute der Fall ist?

Zum Schluss würde ich auch sehr gerne feststellen, dass wir auch viele Förderprogramme haben, was

Innovationen betrifft. Wir haben zwei Programme gerade für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt und ich würde sehr gerne über einen Innovationspakt sprechen, um das deutlich zu sagen, für die Hotellerie und Gastronomie. Aber dann muss man auch einen runden Tisch ins Leben rufen und sehen, wer packt was in den Topf, damit wir hier einen Schub bekommen. Investitionsstau ist da, wir bedauern das immer, aber wir bekommen es nicht so hin, dass wir sagen, wir machen hier einen Pakt. Es gibt auch andere Pakte, ich sehe das in der Seeschifffahrt, da gibt es das große maritime Forum, es haben sich vier wichtige Träger zusammengesetzt und haben auch einen Pakt beschlossen und jeder hat etwas eingebracht. Das hat sich sehr positiv entwickelt. Von daher wäre ich sehr interessiert daran, so etwas einmal im Detail zu diskutieren und nicht nur in Verbindung mit einem Punkt. Danke schön.

**Ernst Burgbacher (FDP):** Vielen Dank Frau Vorsitzende, auch von meiner Seite herzlichen Dank für die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen. Für mich gibt es zunächst zwei Ebenen, auf denen man diskutieren müsste. Die eine ist, ob solche Leitlinien überhaupt einen Sinn machen, ob sich daraus irgendwelche Konsequenzen ergeben. Die zweite Ebene wäre dann, ob in den Leitlinien Dinge stehen, die falsch sind oder die sich widersprechen. Zu beiden möchte ich vorweg etwas sagen.

Bei der ersten, ob es überhaupt Sinn macht, möchte ich auf die Bemerkung von Herrn Laepple voraus-schicken, dass das natürlich alles schon vom Kabinett verabschiedet ist, es sind Leitlinien der Bundesregierung, das Parlament war nicht beteiligt, ob es da auf der Regierungsseite Kontakte gab weiß ich nicht. Wir wurden zwischendurch einmal kurz über den Stand informiert, aber sonst nicht. Deshalb hat die FDP diese Anhörung beantragt. Wir werden damit auch in den Bundestag gehen, aber wir haben nichts zu beschließen. Es sind Leitlinien der Bundesregierung, wir können unsere Meinung dazu sagen, mehr aber nicht. Ich selber, und ich kann das als Oppositionsabgeordneter vielleicht ein bisschen deutlicher machen, habe größte Zweifel, ob das überhaupt etwas bewirken kann. Ich sehe die Leitlinien wirklich als ein Stück Papier einer großen Koalition, wo Kompromisse in den entscheidenden Feldern ganz offenbar gar nicht möglich sind. Deshalb bleibt es weitgehend auf einer Ebene, die sehr allgemein bleibt und das habe ich bei fast allen Stellungnahmen herausgehört. Es ist schon interessant, dass es auf diesem Gebiet keinerlei Meinungsverschiedenheiten gab, die einmal öffentlich geäußert wurden oder vielleicht ein Koalitionskrach geben würde. Da hört man nichts und das ist schon ein verdächtiges Zeichen, wenn nicht öffentlich in der Koalition gestritten wird, dann kann es eigentlich auch nicht sehr konkret sein.

Viel ernster ist, was jetzt die Folgerungen aus dem Ganzen betrifft, das sehen wir dann in ganz konkreten Auswirkungen. Gestern wurde ein weiteres Steuerentlastungspaket beschlossen, vor zwei Monaten, als wir das vorgeschlagen haben, wurde gesagt, wir sind verrückt, weil so etwas nie finanzierbar sei, plötzlich geht es. Man sollte alle Vierteljahre eine Bundestagswahl machen, dann geht doch einiges an Steuersenkungen. Aber der Tourismus ist offenbar nicht betroffen. Es geht am Tourismus praktisch alles vorbei, was jetzt in der Wirtschaftskrise gemacht wird. Da muss man sich schon fragen, ob die Leitlinien konkret irgendeine Bedeutung haben. Ich sehe in der Umsetzung bisher keine und das ist ein kritischer Punkt.

Die zweite Ebene: Gibt es da Punkte, die falsch oder kritisch sind? Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen. Der eine ist das Thema Europa. Ich habe das in den letzten Jahren immer einmal wieder ange-mahnt, da steht dann auf der ersten Seite in zwei Sätzen, die aufeinander folgen: „Auf EU-Ebene wirkt sie bei der Förderung der Tourismuswirtschaft in Europa mit. Tragendes Prinzip für tourismuspolitische Aktivitäten auf EU-Ebene ist die Subsidiarität“. Das ist in zwei Sätzen ein tiefer Widerspruch, der nirgends konkretisiert wird. Will ich jetzt die Unterstützung, will ich Tourismusförderprogramme in Europa oder stehe ich zur Subsidiarität? Das Problem wurde nie geklärt, wird übrigens auch hier in den Leitlinien nicht einmal ansatzweise geklärt.

Oder ein zweiter konkreter Punkt, das wurde auch schon angesprochen, es wird dann im selben Ab-schnitt von Wettbewerbsverzerrungen gesprochen, gleichzeitig hat der Tourismusausschuss heute Morgen zum zweiten Mal abgelehnt, sich mit unserem Antrag „Reduzierter Mehrwertsteuersatz“ zu be-fassen. Er wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Das zeigt mir schon, dass da einfach ein tiefgehen-der Widerspruch ist. Man hat Leitlinien, aber konkretisiert diese nicht, man redet im zuständigen Fach-ausschuss nicht einmal darüber. Da haben wir ein großes Problem.

Schließlich eine dritte Sache, die von Ihnen angesprochen wurde, ist die Tourismusorganisation. Wir haben gestern in der Fraktion noch eine kleine Anfrage verabschiedet. Minister Tiefensee macht jetzt einen Tourismuskongress. Das verstehe ich beim besten Willen nicht, Tourismus ist im Bundeswirt-schaftsministerium angesiedelt. Herr Hinsken redet zwar bei diesem Kongress, aber ich finde es kann nicht sein, dass jetzt ein Fachminister einen Tourismuskongress macht. Dies ist aber typischer Ausdruck

der Organisation, jedes Ministerium macht ein bisschen Tourismus, jeder darf ein bisschen was machen. Ich glaube, das ist auch ein Stück des Problems bei uns.

Wir müssen uns doch eigentlich in der Tourismuspolitik überlegen, welche Rahmenbedingungen müssen wir schaffen, dass das Potenzial, da sind wir, glaube ich, alle überzeugt, das im Tourismus vorhanden ist, auch freigesetzt wird. Was müssen wir tun, wir haben heute viele Studentinnen und Studenten mit dem Studienfach Tourismus im Saal, dass diese umworben werden, wenn sie einen Arbeitsplatz wollen. Ich glaube das Potenzial wäre vorhanden, dass da viel mehr läuft. Deshalb werden meine Fragen jetzt ganz allgemein sein, aber ich möchte sie an die Experten stellen.

Frage 1: Sehen Sie Ansätze der Weiterentwicklung dieser tourismuspolitischen Leitlinien? Können Sie Beispiele nennen, wo man das konkret weiterspielen kann oder sind Sie eher der Meinung, das war ein erster Schritt, aber eigentlich bleibt es auf dieser Ebene und viel Konkretisierung wird nicht möglich sein?

Frage 2 schließt daran an, Herr Gehrman und Herr Meyer, Sie haben es auch erwähnt, das ist das Thema Masterplan oder nationales Tourismuskonzept. Ich sage ganz ehrlich, ich bin da äußerst skeptisch. Wir sind in der sozialen Marktwirtschaft und nicht in der Planwirtschaft. Ich sehe nicht, dass die Politik, wenn sie Pläne macht, wirklich konkrete Forderungen aufstellt. Ich frage mich, ob so etwas, außer dem schönen Papier worauf es gedruckt ist, wirklich irgendwelche Auswirkungen hat. Ich habe große Zweifel und deshalb die Frage an Sie konkret, würden Sie befürworten, dass wir versuchen, ein nationales Tourismuskonzept zu erarbeiten oder sollte man nicht viel besser als Politik Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Tourismuspolitik wirklich arbeiten kann.

Dritte Frage: Wie sehen Sie die Organisation auf Bundesebene? Würden Sie sich der Forderung von Herrn Meyer anschließen, es muss ein Ministerium sein, das den Namen Tourismus trägt oder halten Sie das eher für zweitrangig?

**Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE.):** Vielen Dank Frau Vorsitzende. Die Leitlinien, die jetzt vorgelegt worden sind, betrachten wir von der Linken als eine Positionsbestimmung der Regierung, wobei zumindest erst einmal positiv zu erwähnen ist, dass sie überhaupt zur Kenntnis nimmt, dass es Tourismuspolitik geben müsste. Wenn man dann genau hinschaut, reden die Leitlinien die ganze Zeit von Tourismuswirtschaft. Das ist in meinen Augen etwas anderes als Tourismuspolitik. Mich wundert, dass kaum jemand diese Leitlinien aufnimmt, um zu sagen, das und das finden wir gut, das und das finden wir nicht gut und das und das fehlt uns.

Ich z.B. erlaube mir für die Linke zu sagen, was uns dort fehlt, ist erstens ein politischer Blick, zweitens fehlt uns die Sicht der in der Tourismuswirtschaft Beschäftigten, sie ist absolut unterbelichtet. Deshalb bedauere ich sehr, dass keine Vertreterin, kein Vertreter der Gewerkschaften anwesend ist. Es ist nicht zu ändern, aber es ist nicht unwichtig, ob die in der Tourismuswirtschaft beschäftigten Menschen, immerhin hauptsächlich Frauen, ganzjährig ein auskömmliches Einkommen bekommen können oder nicht, ob man das als Leitbild, als Wunsch einmal in den Raum stellt oder ob man es nicht einmal erwähnt, dass es wünschenswert wäre. Das muss man zumindest einmal sagen, das sind Dinge, von denen ich durchaus meine, dass sie auch kritisch angemerkt werden könnten und nicht in der Absicht zu sagen, die Regierung hat etwas Falsches aufgeschrieben, sondern in der Absicht, das möchte ich anreichern.

Ich will auch ausdrücklich positiv hervorheben, dass ich es gut finde, dass dort der Wunsch und die Aufgabe Barrierefreiheit zu schaffen als durchgehendes gestalterisches Prinzip aufgenommen wurde. Ich sehe viele Ansatzpunkte in diesen Leitlinien, die ich unterstützen kann. Aber mir fehlt eigentlich von Ihnen und etlichen anderen Akteuren in der Szene die Bezugnahme auf diese Leitlinien, um zu sagen, aha, die Regierung will das, wir meinen aber, dass dies und jenes fehlt oder verstärkt werden müsste. Herr Feige, Sie haben als einziger ganz dezidiert eine Prioritätensetzung innerhalb dieser Leitlinien verlangt. Wenn Sie sagen, die oberste Priorität hat Barrierefreiheit bin ich sofort dafür, wenn Sie sagen, die oberste Priorität hat der Ausbau von Flughäfen, bin ich sofort dagegen. Es wird also gar nicht so einfach sein, diese Prioritätensetzung vorzunehmen, das will ich durchaus zugestehen. Dann wäre es meines Erachtens nötig, dass Sie einmal einen Vorschlag machen. Dann kann ich darüber prima meckern. Wenn Sie nur so in den Raum rufen, macht eine Prioritätensetzung, sagt es mir nicht so viel, wie Sie es sich vorstellen. Momentan kann ich mit Ihnen darüber nicht richtig streiten, weil ich nicht genau weiß, was Sie gerne vorne hätten und was weiter hinten.

Was mir auch fehlt, es ist hier mehrfach angeklungen, ist eine Umsetzung dessen, was wir damit mei-

nen, dass Tourismuspolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Ich höre jetzt gerade, dass Herr Tiefensee eine Konferenz dazu machen will. Ich habe den Eindruck, dass Herr Tiefensee bisher noch nicht einmal weiß, dass es den Tourismus überhaupt gibt. Er weiß auch nicht, was Barrierefreiheit ist. Ich möchte das an einem Beispiel erklären, damit es die Experten und auch Zuhörerinnen und Zuhörer wissen. Wir haben jetzt zwei Konjunkturpakete, die im Wesentlichen vom Tiefensee-Ministerium umgesetzt werden müssen. Man kann so oft fragen wie man will, in keinem dieser Konjunkturpakete wird das Kriterium Schaffung von Barrierefreiheit als wichtig erachtet, wenn man aus dem Konjunkturpaket Geld haben möchte.

Jetzt hat er sich dazu durchgerungen, Bahnhöfe zu sanieren. 2050 Bahnhöfe werden in Deutschland nach dem Konjunkturpaket II saniert, also zwischen 2009 und 2011. Bei 83 Bahnhöfen soll Barrierefreiheit hergestellt werden. Wenn man genau nachfragt, sind es 41 bei denen volle Barrierefreiheit hergestellt werden soll, von insgesamt 2050 Bahnhöfen wohlgeerntet. Jetzt komme ich zurück zu den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung, deren Mitglied Herr Tiefensee ist, da kommt Barrierefreiheit als durchgehendes gestalterisches Prinzip vor. Wir haben das einmal berechnet für Sachsen, das Bundesland in dem ich gewählt wurde, da sollten ursprünglich drei, jetzt nach dem Konjunkturpaket acht Bahnhöfe barrierefrei saniert werden. Wenn das im Tempo des Konjunkturpaketes weitergeht, dauert es 72 Jahre, bis alle Bahnhöfe in Sachsen barrierefrei sind. Ich sage, da der Kollege Burgbacher gerade vor der Planwirtschaft gewarnt hat, diesen Plan teile ich nicht.

Das gleiche trifft übrigens für das Weltkulturerbe zu, da müssten Sie vom Städte- und Landkreistag sofort aufschreien, wieso ist das nicht im Konjunkturpaket enthalten, dass Kulturerbestätten barrierefrei gemacht werden müssen usw.

Meines Erachtens könnten diese Leitlinien in zweierlei Richtung wirksam werden. Erstens, dass jeder für sich sagt, was kann ich, was kann mein Verband dazu tun, dass das, was dort aufgeschrieben ist und was wir noch dazu ergänzen wollen, wirklich umgesetzt wird. Die Frage an jeden von Ihnen, was nehmen Sie für sich selbst als Hausaufgabe mit und nicht sagen, lass einmal die anderen machen? Die zweite Frage, die unmittelbar damit zusammenhängt, wo sehen Sie unbedingten Handlungsbedarf der Politik? Was ist unsere Hausaufgabe aus diesen Leitlinien und möglicherweise den Punkten, die Sie unbedingt ergänzt haben wollen? Ich sehe weniger die Wichtigkeit der Prioritätensetzung, ich sehe eher die Wichtigkeit, wenn wir einen Umsetzungsplan machen, ein Umsetzungskonzept erarbeiten, wer macht was?

**Bettina Herlitzius (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich glaube ich kann es kurz machen, ich habe ein Positionspapier auf meiner Internetseite stehen.

Erst einmal vielen Dank, dass Sie gekommen sind und für Ihre interessanten Beiträge, die geben uns sehr viel Stoff für künftige Tourismusausschuss-Sitzungen.

Wir haben die Leitlinien jetzt vorliegen, nun ist die Frage, wie geht es weiter? Die Frage haben die Kollegen schon gestellt, aber ich möchte Sie noch einmal unter dem Begriff Nachhaltigkeit wiederholen. Ich habe den Eindruck, dass der Begriff Nachhaltigkeit in einigen Stellungnahmen noch etwas unklar ist. Insofern möchte ich es noch einmal etwas deutlicher machen. Der Begriff Nachhaltigkeit ist entstanden aus der Forstwirtschaft. Lange bevor es irgendwelche Grüne oder Ökobewegungen gab. Der Begriff beinhaltet eigentlich, dass man nur so viel verbraucht, wie man hat. Nur das, was man angepflanzt hat, kann man ernten. Das ist in der Landwirtschaft auch durchaus gängig. In der Forstwirtschaft ist es etwas schwieriger gewesen, weil man über ein bis zwei Generationen hinweg planen muss. Aber der Tenor ist natürlich, dass man das, wovon man Wert schöpft erhält.

Die Frage an Sie lautet, was sind die wertschöpfenden Elemente oder Säulen des Tourismus? Wie müssen wir diese wertschöpfenden Säulen des Tourismus erhalten, damit die nächsten Generationen auch zukünftig von der Tourismuswirtschaft leben und damit auch ihre Familien ernähren können? Eine kleine Hilfestellung, für mich ist eine ganz wichtige Säule natürlich der Mensch. Tourismus ist ein Dienstleistungsbereich und da brauche ich natürlich auch entsprechende Lebens- und Arbeitsbedingungen, damit man auch davon leben und Familien gründen kann. Aber Sie können dazu bestimmt noch mehr sagen.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Das war die erste Runde, danke liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine kurze Anmerkung von mir. Es hat sich nahezu wie ein roter Faden durchgezogen, dass sich so gut wie kein Kollege von der Tatsache lösen konnte, dass in vier Monaten Bundestagswahlen sind. Ich wünsche mir für die nächste Runde noch mehr konkrete Fragen.

Wir fangen jetzt in umgekehrter Reihenfolge an. Herr Welge, Sie müssen nicht auf alle Anmerkungen und Fragen antworten, sondern konkret auf die Fragen, die Ihnen direkt gestellt worden sind bzw. die

Ihnen am Herzen liegen.

**Axel Welge (Hauptreferent für Umwelt und Tourismus beim Deutschen Städtetag):** Die erste Frage, die ich beantworten möchte ist die von Herrn Brähmig zum Stichwort Umweltzone. Das hatte Herr Brähmig angesprochen auch mit Hinweis auf meinen Vortrag und unter dem Aspekt, das ist doch hinderlich für den Tourismus. Ich sage Ihnen genau das Gegenteil, das ist nicht hinderlich, sondern es ist förderlich für den Tourismus. Die Umweltzonen sind im Übrigen nicht von den Städten selbst eingeführt worden, sondern von den Ländern. Wir tragen das allerdings in den großen Städten mit. Sie sind deshalb eingeführt worden, weil die Luftverhältnisse in den Städten schlecht sind. Um die zu verbessern und damit europäischen Vorgaben und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung genüge zu tun, sind sie eingeführt worden. Nicht um Tourismus abzuwürgen, nicht um einzelne Bürgerinnen und Bürger oder das Handwerk zu knebeln, nein, das sind europäische Vorgaben. Übrigens, die Stadt in der wir zurzeit sind, Berlin, hat das sehr erfolgreich seit dem 1. Januar 2008 getan. Die Bilanz, die vorgelegt worden ist, ist sehr erfolgreich. Insofern denke ich, ist das ein richtiger Weg. Wo es im Einzelfall Schwierigkeiten gibt, z.B. mit dem Omnibusgewerbe, müssen die Städte und das Gewerbe miteinander sprechen und versuchen zu verträglichen Lösungen zu kommen. Ich kenne einige Städte, wo das sehr gut läuft und insofern glaube ich, ist man da auf einem ganz guten Weg.

Zweiter Punkt, den Sie angesprochen haben, Stichwort Taxen, auf Qualität setzen. Da stimme ich Ihnen völlig zu, das ist im Übrigen etwas, was auch in unserer Stellungnahme steht, dass wir sagen, das jetzige Personenbeförderungsrecht legt auf so etwas keinen Wert, da wird nur ein Ortskundenachweis verlangt. Aber ich sage, Qualität im Taxiverkehr fehlt. Wir haben auch angemahnt, dass man hier möglicherweise in der nächsten Legislaturperiode auch zu rechtlichen Regelungen kommen müsste, um dies zu verbessern.

Frau Faße, zum Qualitätsmanagement und zur Statistik möchte ich nichts sagen, ich vermute die Kollegen werden sich gleich darauf konzentrieren. Aber Sie hatten die interessante Frage aufgeworfen, indirekter Einfluss europäischer Politik auf den Tourismus. Also nach dem Motto, wenn von Europa etwas kommt, hat das auch möglicherweise Auswirkungen auf den Tourismus, allerdings erst auf den zweiten Blick, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das ist in der Tat richtig und wichtig, sich diesen Aspekt genauer anzuschauen. Man darf nicht vergessen, dass in vielen Politikbereichen, die wir heute in der Bundesrepublik Deutschland zu erledigen haben, Brüssel in entscheidendem Maße mitspricht und mitentscheidet und vieles hier in Berlin erst ankommt, wenn es in Brüssel entschieden ist. Insofern muss man da in der Tat, das sehen wir auch aus städtischer Sicht, in der Zukunft noch mehr auf Brüssel schauen und noch mehr mit unseren europäischen Freunden versuchen, auch im Bereich Tourismus zu Lösungen zu kommen, die für alle interessant sind.

Ich greife zwei Bereiche heraus, die ich schon angesprochen hatte, nämlich das Stichwort Luft und Lärm. Da wird auf europäischer Ebene etwas beschlossen, was in Deutschland umzusetzen ist und was, wie ich meine, zumindest positiven Einfluss auch auf den Tourismus haben wird. Das sind Aspekte, die man wirklich frühzeitig berücksichtigen muss, wo man versuchen muss, auch von Berlin aus entsprechend zu steuern. Insofern stimme ich dem Befund zu, dass der indirekte Einfluss da ist und wir deutscherseits versuchen sollten, uns in Brüssel keinesfalls zu verstecken, sondern uns stärker einzubringen.

Dann möchte ich kurz auf Herrn Seifert eingehen, Stichwort Barrierefreiheit fehlt im Konjunkturpaket. Das ist in der Tat richtig, das könnte sicherlich noch etwas stärker zum Ausdruck kommen auch unter touristischen Aspekten. Ich bin zwar nicht Vertreter der Bundesregierung, gleichwohl bitte ich um Verständnis dafür, dass im Rahmen gerade des Konjunkturpaketes II so viele Maßnahmen im Hinblick auf die energetische Sanierung und damit klimaschützende Wirkung von kommunaler Infrastruktur ins Auge gefasst worden sind und jetzt angepackt werden, dass in der Tat nicht alle Belange Berücksichtigung finden konnten. Aber gleichwohl stimme ich Ihnen zu, dass in der nächsten Legislaturperiode, wenn es entsprechende Pakete noch einmal geben sollte, hier noch in stärkerem Maße darauf geachtet werden müsste, das ist wohl wahr. Aber man kann natürlich mit einem Konjunkturpaket II, selbst wenn es einen großen Umfang hat, nicht alles abdecken.

Letztes Stichwort, Nachhaltigkeit, Ihre Ausführungen im Hinblick auf die Wertschöpfung, die Nachhaltigkeit bzw. wie könnten sie erhalten bleiben. Ich denke, wenn wir das, was wir als Städtetag auch in den schriftlichen Ausführungen zu Papier gebracht haben, wenn man gerade die Fragen des Klimaschutzes sehr ernst nimmt, wie wollen wir in der nächsten Generation leben, wie können wir es der nächsten Generation noch zumuten. Dann ist das sicherlich ein ganz wichtiger Aspekt. Wenn man hier gemeinsam mit der Bundesregierung, den Ländern und auch den Kommunen an einer Strategie arbeitet, um tat-

sächlich die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, wir werden sie nicht komplett ändern können, dann sind wir im Hinblick auf die Nachhaltigkeit auf einem richtigen Weg. Ich glaube auch, gerade was den Tourismus betrifft, dass die Bevölkerung immer sensibler wird für diesen Aspekt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch im Bereich Tourismus eine große Rolle spielt. Die Menschen bewegen sich gerne dort, wo Natur ist, wo die Menschen selber gut leben können. Insofern ist der Gedanke Nachhaltigkeit schon weit fortgeschritten. Es ist nicht nur eine Worthülse, sondern wir sind zumindest in den Städten dabei, dies auch aktiv zu leben und auch entsprechende Resonanz durch die Menschen zu erleben. Vielen Dank.

**Reinhard Meyer (Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV)):** Ich möchte in aller Kürze ein paar Stichworte aufnehmen. Zum Thema Umweltzonen nur eins, wir sind nicht gegen Umweltzonen, aber es kommt darauf an, dass die Information stimmt. Es kann nicht sein, dass z.B. im Land Baden-Württemberg, wenn ich an ausländische Gäste denke, ob aus der Schweiz oder Österreich, man gerade nicht so genau weiß, in welche Stadt man fährt und ob sie eine Umweltzone hat oder nicht. Es darf nicht überhandnehmen, es muss genügend Informationen geben und es darf den Tourismus insbesondere auch den Bustourismus nicht blockieren.

Frau Faße hatte Qualitätssiegel genannt. Worauf kommt es an? Einheitlichkeit. Es muss für den Kunden erkennbar sein. Sie kennen alle die Beispiele, wenn Sie in Einrichtungen kommen, dass fast schon ganze Wände voll gepflastert sind mit unterschiedlichen Zertifizierungen und der Kunde gar nicht mehr weiß, was ist denn wirklich die Qualität, die dahinter steht und auf was kann ich mich verlassen. Da wird es wichtig sein, einheitlich und in der Breite vorzugehen, die Servicequalität Deutschland ist da ein Beispiel.

Das dritte Stichwort: EU. Ich glaube, Herr Burgbacher, das widerspricht sich nicht. Wir müssen auf der einen Seite und das ist unsere Forderung an die Politik, gemeinsam Lobbyismus in Brüssel betreiben, damit wir nicht mit einer Vielzahl bürokratischer Regelungen hier überzogen werden. Das gilt auch für das, was im statistischen Bereich dort vorbereitet wird. Auf der anderen Seite gilt natürlich insbesondere was den Tourismus, die Förderung und das Marketing angeht, die Subsidiarität in den jeweiligen Regionen, das ist nicht etwas, was sich widerspricht.

**Ernst Burgbacher (FDP):** Herr Meyer, die Leitlinien sprechen von Förderung der Tourismuswirtschaft in Europa, im nächsten Satz von Subsidiarität, das widerspricht sich schon.

**Reinhard Meyer (Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV)):** Das mag ein Widerspruch sein, das lässt sich sicherlich aufklären und damit bin ich bei dem eigentlichen Thema, welches Sie hatten, nämlich die Leitlinien und wie sie zu bewerten sind.

Selbstverständlich sehen wir das als einen Anfang, als einen Katalog und die entscheidende Aufgabe, das habe ich vorhin versucht deutlich zu machen mit dem Begriff „mit Leben füllen“, die kommt jetzt eigentlich. Jetzt kommt die Schwerpunktsetzung, jetzt kommen die einzelnen Punkte, die man sozusagen untersetzen muss und das ist dringend erforderlich. Ich bin auch für eine Gesamtstrategie, egal ob man sie am Ende nationales Konzept nennt oder nicht. Ich möchte Ihnen dafür zwei Beispiele nennen, weil Sie sie gerade angeführt haben. Warum war der Tourismus beim reduzierten Mehrwertsteuersatz nicht so durchsetzungsfähig in dieser Zeit, wo es offensichtlich vielen Gruppen gelingt, Gelder zu mobilisieren in der Wirtschafts- und Finanzkrise? Weil sicherlich eine Gesamtstrategie fehlt, um das einzubetten, aber auch ganz praktisch die Zusammenarbeit. Deswegen habe ich vorgeschlagen, eine Art Investitionspakt gemeinsam zu vereinbaren mit der Politik, mit den Verbänden und mit den Betroffenen, um zu sagen, wenn die sieben Prozent kommen, was tut die Tourismuswirtschaft dafür? Das sind die Dinge, wie man in Zukunft Tourismuspolitik organisieren muss.

Zweites Beispiel Tourismusministerium, was bringt das? Ich glaube, es ist wichtig zu koordinieren und auch die entsprechende Durchschlagskraft zu entwickeln. Gesundheitstourismus ist ein wichtiges Beispiel. Wir werben nach wie vor dafür, dass man das nicht nur von der staatlichen Gesundheitsförderung her sieht, sondern dass dieses Themenfeld, was ein Zukunftsfeld ist, sehr viel weiter betrachtet wird, so wie es die Kunden jetzt schon tun. Das kann man nur durch eine koordinierte Politik, insbesondere auch auf Bundesebene, erreichen.

Zum Thema Barrierefreiheit und Konjunkturprogramm. Selbstverständlich sind Mittel bereitgestellt worden in diesen Konjunkturprogrammen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Länder und Kommunen auch umsetzen müssen, insbesondere die Länder. Da ist leider zu verzeichnen, dass relativ wenig in

die Infrastruktur im Tourismus geht. Ausnahmen bestätigen die Regel. Man muss allerdings, Herr Seifert, auch darauf hinweisen, es gibt in vielen Ländern, was Barrierefreiheit angeht, sehr fortschrittliche Landesbauordnungen und wenn man diese staatlichen Gelder umsetzt, dann müssen die entsprechenden Landesbauordnungen gelten. Das ist etwas, worauf wir insgesamt achten werden.

**Dr. Markus Mempel (zuständiger Referent für Tourismus beim Deutschen Landkreistag):** Ich möchte auf die Statistikfrage von Frau Faße eingehen. In unserer Stellungnahme ist auch zu lesen, dass wir es uns wünschen würden, dass man die Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben unterhalb von neun Betten statistisch sichtbar macht. Mit diesem Mehrwert, um auch Licht in dieses Segment des ländlichen Bauernhoftourismus zu bringen, soll jedoch keine erhöhte Bürokratiebelastung für die sehr kleinen Unternehmen verbunden sein. Deswegen ist darauf zu achten, dass entsprechende Meldepflichten und der bürokratische Aufwand, der damit verbunden ist, nicht das notwendige Maß überschreiten. Hier könnte ein möglicher Weg darin bestehen, dass man abweichend von den monatlichen Meldungen, wie sie bei den Betrieben ab neun Betten abfragen, bei Betrieben mit weniger als neun Betten nur jährlich meldet. Das würde nicht die Meldemoral abwürgen, sondern würde auch die Fehlerquote verringern.

Zu den Fragen von Herrn Burgbacher, was folgt aus den Leitlinien möglicherweise in dieser Legislaturperiode, möglicherweise in der nächsten? Es ist klar und davon sind wir überzeugt, dass diese jetzt mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Dabei kann nicht stehengeblieben werden. Was der Bund machen könnte, ist, dass er die Themen versucht zu identifizieren, die die Länderzuständigkeiten betreffen und hier seiner Funktion als Impuls- und Ideengeber gerecht wird und versucht, die Länder zum Handeln zu bewegen. Das wäre ein relativ eleganter Weg, um in Zeiten von Bundestagswahlen nicht zu einem völligen Stillstand zu kommen. Beispiele hierfür sind die Sommerferienregelung, Rundfunkgebühren, Staatsvertrag, ein großer Hemmschuh für kleine Unternehmungen und auch die demographiefeste Ausgestaltung von kommunalen Finanzierungssystemen. Das sind alles Hausaufgaben, die im Länderbereich liegen. Da kann der Bund zumindest problemschreibend und impulsiv eine Entscheidung fassen, die dann nach unten weitergereicht zu etwas führt.

Wie kann man die zersplitterten Zuständigkeiten für das Thema Tourismus auf Bundesebene besser koordinieren? Wir führen dieselbe Diskussion, wenn es darum geht, ländliche Räume besser zu fördern. Die Interministerielle Arbeitsgruppe Ländliche Räume (IMAG) besteht aus neun Ministerien, neun Bundesressorts und das war auch der Grund dafür, dass die Arbeitsgruppe nicht, wie eigentlich vom Bundeskabinett beauftragt, Ende Dezember letzten Jahres zu einem Zwischenergebnis in der Lage war, sondern viereinhalb Monate länger gebraucht hat. Herr Bundesminister a.D. Seehofer hat vor gut zwei Jahren die Funktion des Koordinators und des Anwalts für den ländlichen Raum zu diesem Thema, woraus dann die Arbeitsgruppe entstand, geprägt und hat gesagt, es sind so viele zuständig für dieses Thema, GAW, GAK, Infrastruktur usw. dass ich mir jetzt den Hut aufsetze und ich bin jetzt der Ansprechpartner, ich werde das federführend in die Hand nehmen, was das Ministerium dann in der Arbeitsgruppe IMAG getan hat. Allerdings beantwortet das nicht die Frage, wie man es institutionell dauerhaft verankert, weil das unserer Ansicht nach kein Dauerzustand sein kann, weil man auch gesehen hat, dass bei solchen Querschnittsthemen, wir haben auch gehört vom BMVBS, was sich um Tourismus kümmert, wobei es vorher nicht erkennbar wurde, dass das Ministerium großes Engagement entfaltet, dass es immer wieder zu Ressortegoismen kommt und dann droht, gar nichts zu passieren. Insofern braucht man schon eine institutionalisierte Struktur, wie das aussehen kann, Sonderabteilung im Kanzleramt vielleicht, kann ich mir nicht so recht vorstellen. Es muss in jedem Fall jemand den Hut aufbekommen für dieses wichtige Thema, gerade dass es zwischen den Ressorts nicht hin und her geschoben werden kann.

Herr Burgbacher, Sie sagten nationales Tourismuskonzept oder konkrete Maßnahmen. Ich denke, wir brauchen das eine, um das andere machen zu können. Wir müssen erst über ein ganzheitliches Konzept reden, das dann irgendwann finden und dann davon konkrete Maßnahmen ableiten. Wir können gerne ein paar beginnende Impulse aus Sicht des Deutschen Landkreistages zum Besten geben.

Letzte Anmerkung zu Herrn Seifert, Sie fragten nach Hausaufgaben. Wie können wir, die Verbände, die Interessengruppen an dem Prozess mitwirken? Einen Teil haben wir schon getan, nämlich wir haben in unsere Mitgliedschaft hineingefragt und haben geschaut, wie ist das Stimmungsbild, wo drückt der Schuh, was kann man sich perspektivisch vorstellen? Genauso würden wir diese Dienstleistung in einem weiteren Prozess anbieten als Bündler von Interessen und Mitarbeiter in einem weiteren Prozess.

**Klaus Laepple (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)):** Zur



ersten Frage von Frau Faße, Tourismusstatistik, ich sage ein uneingeschränktes ja. Das sollte in jedem Fall so bleiben, wie sie ist, kann gegebenenfalls ausgeweitet werden in dem Maße, wie Herr Mempel das eben angesprochen hat, eine Meldung im Jahr von den Kleinstbetrieben. Ob es was bringt, lassen wir offen, aber man kann es einmal testweise ein Jahr lang machen und wenn man dann merkt, da ist eine interessante Größe, dann könnte man darüber nachdenken, es weiterzuführen. Ich vermute aber, dass wir da auf verhaltenen Widerstand stoßen und möglicherweise auch keine korrekten Angaben bekommen, aus Gründen, die ich nicht näher erläutern möchte, weil sie hier jedem einsichtig sind.

Am Qualitätsmanagement kommen wir nicht vorbei. Wenn wir international mithalten wollen, müssen wir uns auch auf internationale Standards begeben, d.h. wir müssen uns hier zur Qualität bekennen und das heißt auch Bekenntnis zum Qualitätsmanagement.

Die Frage Einfluss der EU, positiv oder negativ, das ist nicht so einfach zu beantworten. Im Moment kann ich diese Frage nur mit einem eindeutig negativen Vorzeichen beantworten. Das, was momentan von Brüssel wieder in der Pipeline ist und auf uns zurollt und mit nicht unerheblichen Gesetzesänderungen bei uns verbunden wäre, das sehen wir mit ganz erheblichen Bedenken. Ich möchte nicht in die Details gehen, weil dies ein nachmittagsfüllendes Programm wäre.

Zu den Fragen von Herrn Burgbacher, wirtschaftliche Konsequenzen der Leitlinien, würde ich erst einmal sagen, wirtschaftliche Konsequenzen haben sie keine. Wir können sie zur Kenntnis nehmen, da kann man sich daran halten, aber man ist nicht gezwungen, sich daran zu halten. Der einzige, der sich an diese Leitlinien halten muss, ist die Bundesregierung, denn die hat sie beschlossen. Ansonsten muss sich niemand daran halten. Eine andere Frage ist natürlich, dass es Sinn machen würde, sich an das eine oder andere zu halten.

Ob es Ansätze der Weiterentwicklung gibt, sicherlich. Alle Punkte, die hier angeführt worden sind, sind ein Hinweis darauf, dass man sie weiterentwickeln sollte, da ist noch manches dazu zu sagen. Diese Leitlinien nehmen auch nicht für sich in Anspruch der tourismuspolitische Schlusspunkt der deutschen Politik zu sein, sondern sie sind der Versuch eines Auftakts tourismuspolitisch bestimmte Dinge einmal zu diskutieren und in der Tat ist da auch reichlich Diskussionsbedarf.

Zweite Frage Masterplan. Ich sage Ihnen ganz klar, dieses Thema ist u.a. auch im Fachbeirat beim Bundeswirtschaftsminister ganz kurz angeklungen. Herr Glos seinerzeit, das war in der ersten Sitzung, war natürlich begeistert davon. Es war Ihr Amtsvorgänger, Herr Meyer, der das eingebracht hat und ich kenne immer diese verzückten Augen von Politikern und von Verbandsvertretern und anderen, wenn sie das Wort Masterplan hören. Ich kann nur eins sagen, ich habe mittlerweile schon so vieles im Zusammenhang mit Masterplänen herauf und herunter gehört und gesehen, ich kann nur davor warnen, sich mit dieser Sache zu beschäftigen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem föderalen System. Wenn sie alles hinbekommen, nur keinen Masterplan. Sie kriegen Heulen und Zähneknirschen, sie kriegen Krach Nord gegen Süd, West gegen Ost, rauf gegen runter, links gegen rechts, wie auch immer, aber einen Masterplan, hinter dem die Nation dann hinterher geschlossen steht, den kriegen wir nicht und dann sollte man meines Erachtens auch die Finger davon lassen. Es geht um einen touristischen Masterplan und gerade im Tourismus sind die Highlights der einzelnen Regionen so unterschiedlich, dass es auch schwierig ist, das in einen Masterplan so zusammenzufassen.

Organisation auf Bundesebene, wo sollte der Tourismus ressortieren? Ich persönlich bin der Meinung und habe auch keine Veranlassung, Meinungsänderung vorzunehmen, dass das nach wie vor beim Bundeswirtschaftsministerium ressortieren sollte. Allerdings bin ich der Meinung und diese Meinung haben wir schon vor der letzten Bundestagswahl vertreten und wir vertreten sie auch weiterhin, dass es einen für den Tourismus zuständigen Parlamentarischen oder Beamteten Staatssekretär geben sollte, der sich dann mit dieser Frage im Wesentlichen befasst und dann auch unser zentraler Ansprechpartner ist. Was auch ein Problem der Tourismuswirtschaft ist, da mache ich kein Hehl draus, ist natürlich die Tatsache, dass wir in bestimmten Bereichen auch immer weitergereicht werden und von Pontius zu Pilatus laufen müssen. Ganz aktuelles Thema Reisewarnungen, da müssen wir uns mit dem Auswärtigen Amt auseinandersetzen. Geht es beispielsweise um ein Thema, das verkehrsbestimmt ist, dann sind wir mit dem Verkehrsministerium dran. Und bei den allgemeinen Themen landen wir dann im Wirtschaftsministerium. Es wäre natürlich schön, wenn wir hier im Sinne einer one-stop-agency eine Stelle hätten, wo die Branche ihre Themen abladen könnte und wo man dann auch die Gewähr hätte, dass sie qualifiziert weiterbearbeitet würden, das wäre eine bindende Voraussetzung. Das unterstellen wir natürlich, im Moment, wo jemand ein Staatssekretärsamt inne hat, sich dann entsprechend einsetzen würde und die anderen mit an den Tisch bekommt, damit hier Lösungen zustande kommen und nicht nur immer

unendliche Diskussionen.

Herr Seifert, Sie hatten Bedenken, was die Einkommenshöhe im Tourismus betrifft. Ich glaube, da kann ich Sie beruhigen. Hungerlöhne im Tourismus gibt es nicht. Wenn Sie da andere Erfahrungen haben, lassen Sie mich das wissen. Mit der bloßen Behauptung kommen wir hier nicht weiter.

Sie haben vom Planungsprogramm gesprochen und auch von den Hausaufgaben. So eine Veranstaltung hat immer den Sinn, dann auch Hausaufgaben mitzunehmen. In welchem Umfang sie von wem wahrgenommen werden, wird sich dann noch herausstellen. Ich gehe davon aus, dass das der Beginn einer Diskussion zu einer bestimmten Thematik war, aber nicht das Ende.

Frau Herlitzius, Sie haben nach den wertschöpfenden Säulen des Tourismus gefragt. In der Tat ist diese Frage berechtigt. Sie haben das zumindest teilweise beantwortet, indem Sie gesagt haben, es sind die Menschen. Tourismus ohne Menschen geht nicht. Wenn es so ginge, wären keine 2,8 Millionen in diesem Bereich beschäftigt. Tourismus lebt eben vom Menschen. Dazu gehören Menschen einmal als Touristen, indem sie reisen, zum anderen aber auch diejenigen, die dafür sorgen, dass die Touristen, die ihre Mobilitätswünsche ausleben möchten, auch entsprechend bedient und versorgt werden. Daneben haben wir auch eine ganze Reihe anderer wertschöpfender Säulen und das sind beispielsweise unsere vielfältigen Kulturgüter, die wir in Deutschland haben, unsere schönen Landschaften, unsere Städte und wir haben eine Reihe von Leuchtturmprojekten, sowohl alter wie auch neuer Art, die mit dazu beitragen, hier so etwas wie wertschöpfende Säulen im Tourismus zu sein. An denen sollten wir festhalten und sollten weiter versuchen, diese auszubauen, um damit langfristig erfolgreich zu sein.

**Johann Kreiter (Vorsitzender der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle (NatKo)):** Ich bin von Herrn Brähmig wegen der Broschüren angesprochen worden. Grundsätzlich finde ich es gut, dass es solche Broschüren überhaupt gibt. Selbstverständlich wäre es schöner, wenn man solche Broschüren integrieren würde in die so genannten allgemeinen Prospekte, die verteilt werden, denn Extrabroschüren kosten wieder extra Geld. Extrageld ist im Tourismus immer schon ein heikles Thema gewesen und ich kann nur befürworten, dass man das in die allgemeinen Broschüren integriert. Die Piktogramme, die Sie angesprochen haben, wir haben schon in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband im Rahmen der Zielvereinbarung Qualitätspiktogramme erstellt. Man ist dabei, das nach einem gewissen Erfahrungswert etwas aufzubrechen, indem man die Qualität des Piktogramms A für Hotels in AI noch erweitert, weil man festgestellt hat, dass man in dem Bereich doch sehr hart geurteilt hat und alte Bestände an Hotels, die eigentlich bisher immer als barrierefrei gegolten haben, dadurch durch den Rost gefallen sind. Da tun wir den Leuten Unrecht. Sie haben sehr viel geleistet dafür und da kann man in diese Richtung noch ein bisschen ein Auge zudrücken. Dass das nicht ins Unendliche geht, das ist auch klar.

Es wurde die Landesbauordnung angesprochen. Da muss ich Herrn Seifert zustimmen, die Umsetzung der Landesbauordnung findet in der Form, wie es sein sollte, leider nicht statt. Es gibt einen Zusatz in der Landesbauordnung, „wenn es finanziell zumutbar ist“ und mit diesem Gummiparagrafen winden sich dann die meisten gern heraus. Es gibt auch gute Ansätze, aber es ist Tatsache, dass immer wieder Fehler begangen werden, die dann später nicht mehr korrigierbar sind und deswegen ist auch unsere Forderung, dass man Barrierefreiheit und Fördergelder einfach miteinander verbindet und wenn es nicht stattfindet, dann muss man die Gelder wieder zurückfordern. Die Strafe muss einfach einmal sein. Nur über Strafe kann man offensichtlich auch hier lernen.

Zum Konjunkturpaket und Barrierefreiheit ist auch etwas zu sagen. Im Konjunkturpaket ist die Barrierefreiheit in der Form nicht vorhanden. Wir wünschten uns da eine viel klarere, deutlichere Aussage und wenn man schon vom Masterplan oder von Konzepten spricht, dann bin ich der Meinung, man sollte ein Konzept erstellen, wo ganz klar zur Barrierefreiheit Stellung genommen wird und man sich auf Fakten beruft, die vorhanden sind. Das allein würde für den Anfang schon reichen.

Selbstverständlich sind wir von der NatKo bereit, auch ich selber, dazu beizutragen, dass man an diesen Leitlinien ganz klar und deutlich die Zeichen der Barrierefreiheit erkennt. Im Tourismus ist das Thema Barrierefreiheit im Zeichen des demographischen Wandels unumgänglich.

Was ich auch feststelle ist, dass viele Gelder ausgegeben werden. Wir haben z.B. in Stuttgart das Projekt Stuttgart 21, da werden Milliarden herausgepulvert, um 15 Minuten schneller nach München zu kommen und wenn ich dann höre, dass 85 Bahnhöfe von 2050 barrierefrei gestalten werden sollen, dann tatsächlich nur 41 unter Umständen das Siegel der Barrierefreiheit erhalten, dann finde das einfach

lächerlich. Wenn Herr Tiefensee schon so eine Veranstaltung macht, dann soll er sich das gleich als Thema mit herein schreiben, damit man da deutliche Verbesserungen im Bahnverkehr verspürt. Was auch mit dazu kommt und das muss ich ganz klar sagen, es ist einfach ärgerlich, wenn man sich drei Tage vorher bei der Deutschen Bahn anmeldet und möchte einen Sitzplatz als Rollstuhlfahrer und dann bekommen Sie gesagt, ist schon reserviert. Wenn man überlegt, dass man 500 Sitzplätze in einem ICE hat und nur vier für Rollstuhlfahrer oder für Leute mit Mobilitätseinschränkungen, dann ist das meines Erachtens, ganz krass ausgedrückt, eine Frechheit. Da muss viel deutlicher etwas geschaffen werden. Wenn ich in Stuttgart in einen ICE einsteige und sehe nebenan von der Schweiz und Italien den Zug und sehe an jedem zweiten Wagon ein Piktogramm für Rollstuhlfahrer, dann frage ich mich, warum geht das hier in Deutschland nicht? Es wird viel Geld für den Verkehr ausgegeben, Konjunkturprogramme investiert in die Bahnhöfe, aber für den Transport als solches ist kein Geld da. Da müssen wir ansetzen.

**Michael Gehrman (Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland (VCD)):** Die Umweltzonen wurden von Herrn Brähmig angesprochen. Natürlich ist es ärgerlich, wenn die Busse vor den Stadtmauern stehen bleiben müssen. Wir haben in den letzten Jahren vehement gefordert, auch im Bundesumweltministerium, dass es nicht nur eine Förderung für PKW gibt, sondern auch eine Förderung zur Nachrüstung von Abgastechiken für LKW, für Nutzfahrzeuge und auch für Busse, weil wir das für einen zielführenden Schritt halten. Denn wenn wir die Busse jetzt hereinlassen, kommt als nächstes der Einzelhandel an und sagt, wir müssen aber auch herein usw. Da ist es eher interessant und wichtig, als Bundesregierung nicht zu sagen, liebe Städte kümmert euch darum, sondern dafür zu sorgen, dass da eine vernünftige Nachrüstung stattfindet, die wirtschaftlich auch Vorteile bringt, insbesondere für das darobende Kraftfahrzeuggewerbe, für die vielen kleinen und mittleren Kfz-Handwerksbetriebe.

Frau Faße hatte u.a. gefragt, wie sieht es aus, brauchen wir ein Labeling, wie viele, brauchen wir neue Siegel. Mir reicht es an Siegeln. Es gibt mehr als genug. Was haben wir uns im Umweltbereich in den letzten 25 Jahren an tollen Ideen vom „Grünen Koffer“ angefangen usw. einfallen lassen, wie wenig durchschlagende Wirkung hat das gehabt. Mir würde ein Siegel reichen, ein Siegel für nachhaltigen Tourismus.

Herr Burgbacher, Ministerium für Tourismus. Ich stelle fest, dass es bis zum heutigen Tag keine vernünftige Koordinierung gibt und wenn ich höre, dass der Bundesverkehrsminister Tiefensee eine Tagung zum Thema Tourismus macht, dann freut mich das sehr, aber ich hätte es noch schöner gefunden, wenn das in einem Gesamtrahmen, in ein Gesamtkonzept kommt. Ich halte es für sehr wichtig, nach wie vor eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Bereich Tourismus zu haben und die muss auch geleitet werden, die muss angeleitet und moderiert werden. Da sollten nicht zehn Leute sprechen, sondern einer sollte die zentrale Koordinationsfunktion haben, sollte als zentraler Ansprechpartner dienen. Insofern ist es gut, wenn es zumindest eine Staatssekretärstelle gäbe, besser aber auf Dauer, weil das Thema von sehr großer Bedeutung ist und die Landwirtschaft hat auch ihr eigenes Ministerium, wenn es sogar ein Tourismusministerium geben könnte.

Braucht es ein nationales Tourismuskonzept oder einen Masterplan? Masterplan ist etwas ganz schreckliches und funktioniert nie, waren verschiedene Äußerungen. Ich habe gerade in den letzten drei Jahren an einen Masterplanprozess für Güterverkehr und Logistik teilgenommen. Ich fand es sehr spannend, sehr befruchtend und Richtung konsensual auslaufend, was wir beim Masterplan Güterverkehr und Logistik gemeinsam geschafft und diskutiert haben. Natürlich haben wir ein paar Punkte, die uns nicht gefallen, aber wir haben einen gemeinsamen Dialog gehabt und haben nicht nur gesagt, wir sind hier und das was ihr wollt, interessiert uns nicht, sondern der gemeinsame Prozess, das Einbinden der verschiedenen Akteure finde ich ein demokratisches Element. Gerade wenn wir feststellen, dass es eine Demokratiemüdigkeit in vielen Bereichen gibt, dass man eine Politikverdrossenheit hat, fände ich es umso wichtiger, wenn es uns gelänge, dann mehr gesellschaftliche Teilhabe zu haben, die verschiedenen Institutionen mit einzubinden.

Stichwort „Hungerlöhne gibt es nicht“. Wir brauchen eine angemessenere Bezahlung, hatte ich in unsere Stellungnahme geschrieben. Vor meinem Leben als Verbandsvorsitzender bin ich mehrere Jahre im Bereich Kulturtourismus im Harz tätig gewesen. Ich kann deshalb nicht für die gesamte Bundesrepublik sprechen, aber ich kann für den Bereich Harz sprechen und vor allem Westharz und die Ferienorte und was da gezahlt wird, das sind Hungerlöhne. Es gibt keine Weiterbildungsmöglichkeiten, es ist saisonal, die Arbeitsbedingungen sind für mich nicht akzeptabel. Da muss sich etwas tun, wenn wir einen attraktiven Tourismus, mit engagierten motivierten Leuten, nicht nur auf der Managementebene haben wollen. Es muss eine attraktivere Bezahlung auch für das Zimmermädchen, für den Taxifahrer, für die vielen, die auch im Bereich Tourismus engagiert sind, geben. Da ist noch einiges drin, damit dieser Job attraktiver

wird und nicht nur bei den Arbeitsbedingungen, bei der Qualifizierung, die natürlich auch wichtig ist.

Herr Seifert, was kann mein Verband tun? Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Projekte gestaltet, durchgeführt, teilweise auch mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Thema nachhaltige Mobilität in Tourismusregionen, zum Thema umweltverträgliche Anreise. Wir haben sehr viele Angebote geschnürt, auch u.a. mit unserer Kooperation, Fahrtziel Natur mit der Deutschen Bahn AG und den anderen Umweltverbänden, um Menschen die Möglichkeit zu geben, umweltverträglich in die Urlaubsgebiete zu kommen, aber auch dort umweltverträglich und möglichst barrierefrei unterwegs zu sein. Wir haben da sehr viel geleistet und wollen daran auch in den kommenden Jahren anknüpfen. Wir sind mehr von der verbraucherpolitischen Seite, wir können nicht neue Angebote insgesamt generell kreieren oder verändern, aber an dem Thema sind wir dran.

Das mir wichtigste Thema hat Frau Herlitzius angesprochen, es ging um die Frage der Nachhaltigkeit. Da muss ich noch einmal sagen, dass ich da den Punkt gefunden habe, wo ich mich sehr geärgert habe über die tourismuspolitischen Leitlinien, neben viel Lob, was ich auch an anderer Stelle abgebe, aber das war ein Punkt, der mir nicht gepasst hat, denn Nachhaltigkeit wurde wieder einmal auf das Thema Umwelt reduziert und das passt nicht. Nachhaltigkeit ist wesentlich mehr als Umwelt, Nachhaltigkeit ist mehr als Klimaschutz, Nachhaltigkeit ist mehr als Biodiversität, sondern Nachhaltigkeit ist eher ein Dach. Nur wenn wir auf Dauer einen nachhaltigen Tourismus haben, der wirtschaftlich ist, der sich ökonomisch rechnet, der sozial gerecht ist und der ökologisch ist, ist das ein nachhaltiger Tourismus. Aber nicht ein Tourismus, wo ich nur einseitig versuche, jetzt die Ökonomie kurzfristig zu stärken und mich anschließend wundere, dass mir das Wasser ausgeht für meine Beschneigungsanlagen. Hier müsste noch viel mehr getan werden und deshalb, wenn ich gefragt würde, was wäre eine Priorisierung, würde ich so wie es die Bundesregierung eigentlich auch vorgeschlagen hat und so wie es generell gedacht werden soll, das Thema Nachhaltigkeit immer nach oben anstellen als ein Dach. Ökonomie, Ökologie und Soziales gemeinsam verbunden, gleichwertig betrachtet. Dann wird es für mich eine runde Sache und nicht einfach, ich mache hier einmal eine Maßnahme und hier mal eine. Insofern müsste dem Bereich Nachhaltigkeit eine ganz andere Bedeutung beigemessen werden und es braucht, weil ich von einem Umweltverband komme und nicht nur vom Verbraucherverband, es braucht eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema Ökologie. In vielen Regionen gibt es richtig schöne Beiträge für einen umweltverträglichen, für einen echten nachhaltigen Tourismus, aber in manchen Regionen beschränkt man sich bis zum heutigen Tag auf den Aufkleber im Badezimmer, wenn ihre Handtücher schmutzig sind, schmeißen sie die auf den Boden. Das ist für mich leider noch nicht ausreichend. Wir haben viele Vorteile und hohe Standards, aber teilweise noch nicht. Da eine Angleichung hinzubekommen, fände ich spannend.

**Ernst Fischer (Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)):** Nachdem meine Vorredner schon ganz viel gesagt haben, gestatten Sie mir, dass ich ein kleines Fazit ziehe. Die Ziele der tourismuspolitischen Leitlinien nun tatsächlich in konkrete Maßnahmen umzusetzen, das wäre das Thema und das wird auch die Herausforderung sein für die Tourismuspolitik und die Tourismuswirtschaft. Am Gelingen werden sich dann auch die tourismuspolitischen Leitlinien messen lassen. Anders sehe ich das nicht.

In Bezug auf den Masterplan kann ich Herrn Laepple nur zustimmen. Wir haben dieselben Erfahrungen gemacht. Insofern lehnen auch wir auch diesen Masterplan ab.

Herr Seifert, Sie haben gefragt, was die Politik für uns tun kann? Wir fordern seit Jahren, sorgen und helfen Sie mit dafür, dass wir die sieben Prozent Mehrwertsteuer für unsere Branche bekommen und ich verspreche Ihnen, dass wir dann auch die erforderlichen Maßnahmen treffen, dass es unseren Mitarbeitern besser geht, dass wir Investitionen in diesem Land durchführen können, denn wir können sie im Moment nicht, weil wir keine Möglichkeit haben, Eigenkapital zu bilden. Insofern ist das für mich die allerwichtigste Aufgabe und da würde ich an alle Damen und Herren appellieren, dass Sie dieses in der Form umsetzen und durchsetzen. Ich schliesse mich auch Herrn Laepple bezüglich des Staatssekretärs für Tourismus an. Ich möchte diese Forderung auch für die neue Legislaturperiode im Sinne des DEHOGA wiederholen.

**Prof. Dr. Mathias Feige (Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V. (Dwif)):** Frau Faße, wenn es so einfach wäre, dass wir uns in der Tourismusstatistik nur mit Deutschland beschäftigen müssten, wäre es ganz gut. Es gibt konkrete Initiativen auf europäischer Ebene, wenn Sie mit Herrn Ulrich Spörel von Eurostat reden, da geht es um die Frage ab zehn Betten zu erfassen, weil die einen ab einem Bett erfassen, die Dänen erst ab 40 und die Engländer kucken ab und

zu über den Kanal und schauen, wer kommt, weil sie nur eine Ankunftsstatistik haben, die nicht so zählt, wie wir das machen. Man muss auf der einen Seite schon den europäischen Kontext haben, aber die Branche fragt u.a. bei Institutionen wie uns permanent nach Daten. Hier geht es um drei Arten von Daten, die wir brauchen.

Erstens müssen wir die relevanten Daten erfassen. Wir erfassen teilweise noch Informationen, die wir nicht so brauchen, aber Dinge, die die Branche wirklich braucht für die Planung und das Marketing und die Investitionsentscheidungen, wie Zimmerauslastung usw. werden nicht erfasst. Daran müssen wir arbeiten und wir brauchen teilweise auch neue Erfassungssysteme. Es hilft nicht, wenn die kleinen Betriebe einmal im Jahr melden. Damit haben wir nichts gewonnen. Es gibt völlig andere Instrumente, sich Marktvolumina zu nähern und da arbeitet u.a. die Tourismuswissenschaft daran, das zu tun.

Wir brauchen Monitoring, also dauerhafte Beobachtung, die zum Teil noch viel umfassender und tiefer ist.

Und drittens brauchen wir kurzfristige Daten. Wir alle leiden darunter, dass wir fast nichts wissen, wie es jetzt aussieht. Sämtliche andere Branchenverbände und Branchen haben sehr viel konkretere Daten, können bereits etwas über den Mai sagen, wir wissen etwas über den Februar, teilweise über den März und da nicht ganz genau. Das sind Dinge, an denen man arbeiten muss. Das ist der eigene Beitrag der Branche, für die ich ein bisschen sprechen darf, dass wir versuchen, solches Wissen bereitzustellen und da und dort Partner zu akquirieren, die als Sponsoren für solche Wissenssysteme zur Verfügung stehen. Gerade weil wir auf der europäischen und innerdeutschen Ebene allein schon an dieser Stelle so viel Handlungsbedarf haben, ginge es uns auch darum, eine bessere innere Verständigung zu haben. Ob das auf eine one-stop-agency herausläuft, das weiß ich nicht, wäre aber etwas, was mir gut gefallen würde, weil man weiß, dass aus unternehmerischer Sicht es immer gut ist, dass man weiß, wo ist die eine Eintrittskarte, die mir am Schluss hilft. Da arbeiten bereits auch einige Bundesländer dran, solche Institutionen zu schaffen, es also der Branche leichter zu machen, zu agieren und sich aktiv in dem Markt zu verständigen. Also eine innere Verständigung der vielen Player, damit wäre uns am meisten geholfen. Das muss kein Masterplan sein, aber sich Prioritäten zu setzen und sich darüber bewusst zu sein, wo spielt die Musik, was sind denn die dicken Brocken im Tourismus, was sind die wertschöpfenden Säulen im Tourismus, das wäre aus unserer Sicht der erste konkrete Schritt, damit wir dann auch streiten können über die Prioritäten, die Sie wissen wollten.

Was Prioritäten angeht ist es so, dass der Geschäftsreiseverkehr eine große Rolle spielt. Wenn Sie sich anschauen, was über den VDR und andere Systeme passiert, das findet hier in diesen Leitlinien nicht statt. Ohne den Tagestourismus können Sie sämtliche Großevents, größere Infrastruktur vergessen, ist nicht finanzierbar. Geschäftsreise und Tagestourismus finden seitens der politischen Wahrnehmung überhaupt nicht statt, obwohl das die dicken Brocken sind über die man einen Eintritt in eine Diskussion über Prioritäten steuern könnte. Das wäre ein Ansatzpunkt für den wir Wissen bereitstellen können, u.a. auch zu dem Thema Löhne.

Nur zur sachlichen Aufklärung: der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst Anfang 2008 betrug in der Luftfahrtindustrie bzw. in der Energiewirtschaft und Kreditwirtschaft in etwa 3 000 bis 3 500 Euro, im Gastgewerbe 1 700 Euro, darunter waren nur noch die Friseure. Ost zahlt 20 Prozent schlechter als West, Frauen bekommen zehn Prozent weniger als Männer, da können Sie sich vorstellen, wo die Menschen hinwandern. Deswegen brauchen wir nicht eine lohnbezogene Arbeitsmarktpolitik, sondern eine Politik, die sich auf Arbeitsbedingungen konzentriert. Da geht es um Kindergartenplätze, die dann geöffnet haben, wenn man Nacht- oder Spätschicht hat, da nützt keine Kita von 09.00 bis 17.00 Uhr, sondern sie müssen am Wochenende, in der Nacht aufhaben. Da gibt es als Beispiel Usedom mit ersten Initiativen, wie man so etwas kooperativ auf Orts- oder Regionsebene in der Branche lösen kann. Das wären die Prioritäten, sich innerhalb der Bundesregierung und zwischen Bund und Ländern besser zu verständigen, um dann auch im europäischen Wettbewerb, wenn es um Konsequenzen der europäischen Tourismuspolitik geht, nicht atomisiert da zu stehen, sondern zumindest eine gemeinsame Meinungsbildung, eine gemeinsame Verständigung zu haben. Dann braucht man keinen Masterplan, aber diesen Dialog, Trialog usw. den herzustellen, das wäre aus unserer Sicht das, wo man anpacken müsste.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Vielen Dank Herr Feige, vielen Dank meine Herren. In dieser Runde wurde immer wieder die Veranstaltung von Bundesverkehrsminister Tiefensee kritisiert. Eine Klarstellung: Herr Tiefensee macht diesen Kongress in seiner Eigenschaft als Beauftragter Aufbau Ost und damit ist alles gesagt. Wir kommen in die Schlussrunde. Frau Hiller-Ohm, bitte.

**Gabriele Hiller-Ohm (SPD):** Ich möchte die Leitlinie Qualifizierung in den Fokus lenken und meine Frage an Herrn Meyer richten. Insbesondere im Gastgewerbe gibt es ein nur sehr schwach ausgeprägtes Weiterbildungsbewusstsein. Lediglich rund 0,15 Prozent der Beschäftigten im Gastgewerbe absolvieren eine Weiterbildungsprüfung der IHK. Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um in der Gast-, Hotel- und Tourismuswirtschaft eine kontinuierliche Weiterbildung zu etablieren und welche Möglichkeiten sehen Sie im Zusammenhang z.B. mit der Bundesregierung, den Industrie- und Handelskammern, den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden sowie der DZT, eine bundesweit einheitliche Struktur mit vergleichbaren Qualifikationen zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft zu erreichen.

Einen Tipp an Herrn Laepple. Zur Lohnstruktur in der Tourismusbranche und vor allen Dingen zu den Niedriglöhnen in der Tourismusbranche finden Sie z.B. in der Stellungnahme der NGG von Frau Rosenberger ganz interessante Hinweise und Handlungsvorschläge.

**Renate Gradistanac (SPD):** Es kamen heute viele Anregungen und Kritik. Trotzdem finde ich es wichtig angesichts der Finanz-, Wirtschafts-, Energie- und Nahrungsmittelkrise noch einmal darauf hinzuweisen, dass nachhaltige Politik gefragt ist, sonst wären wir nicht in den Krisen. Das Thema Nachhaltigkeit sollte nicht auf einen Bereich reduziert werden. Uns war wichtig, dass wir auch einmal formulieren, wie stellen wir uns denn vor, dass sich Tourismuspolitik auf allen Ebenen entwickeln könnte. Das war die Intention, als wir den Herrn Beauftragten gebeten haben, ein Leitbild zu formulieren.

Apropos Beauftragten, wenn ich Sie wäre, Herr Laepple, dann wäre doch meine Anlaufstelle unser Beauftragter. Ich hätte ihn einfach angesprochen und er hätte sicher dafür gesorgt, dass Ihre Fragen dann auch anständig beantwortet werden.

Ein Leitbild, Leitlinien, ich habe erwartet, dass Sie sagen, das sind jetzt die Vorstellungen der Bundesregierung, wie kann ich in meinen unterschiedlichen Eigenschaften dieses Leitbild helfen mit zu entwickeln, beispielsweise in meiner Region. Meine Frage an Herrn Mempel, würden Sie diese Leitlinien als Anregung aufgreifen und in den Regionen vor Ort mit Leben füllen? Das wäre meine Bitte.

Herr Laepple, Sie haben vor einiger Zeit mit uns diskutiert und waren noch sehr optimistisch, was die wirtschaftliche Entwicklung der Tourismusbranche anbelangt. Können Sie vielleicht etwas über den Ist-Zustand sagen, über die Sorgen der Wirtschaft. Das, was wir hören, stimmt uns auch nachdenklich und welche Masterpläne haben Sie, um diese Krise zu bewältigen innerhalb der Wirtschaft. Noch eine Frage. Wir haben Sie schon verärgert mit dem Thema sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen, dies steht übrigens auch in den Leitlinien. Haben Sie schon eine Rückmeldung von der Lufthansa, ob die technischen Probleme gelöst worden sind?

Eine Frage an Sie, Herr Kreiter, barrierefreie Politik, nicht mal wenn die Sonne scheint, wenn wirtschaftlich gute Zeiten sind. Wie schätzen Sie es ein, wenn die Tourismuswirtschaft und alle Beteiligten es nicht verstanden haben angesichts des demographischen Wandels, dass dies das Zukunftsthema ist und auch noch ökonomisch interessant ist? Dann frage ich mich, wie wird das Thema dann in Krisenzeiten behandelt, wo rückläufige Steuereinnahmen zu erwarten sind? Ich hätte gerne Ihre Einschätzung, denn da mache ich mir schon Sorgen. Sie haben den Schwarzwald angesprochen, wir haben zu viele Lippenbekenntnisse auch in dem Bereich, nicht nur beim Thema sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Das wäre eine gravierende Fehlentwicklung, wenn es jetzt nicht endlich verstanden und umgesetzt wird.

**Ingbert Liebing (CDU/CSU):** Drei Aspekte möchte ich gerne noch hinterfragen und mit der ersten Frage anknüpfen an das Gespräch mit Herrn Dr. Feige zum Thema Prioritätensetzung. Sie haben jetzt einige Punkte genannt, die Ihnen in den Leitlinien fehlen, aber können Sie uns eine Empfehlung geben, wie Sie konkret Prioritäten setzen würden. Was wären für Sie die drei wichtigsten Prioritäten abgeschichtet, erste, zweite, dritte Priorität. Sie stellen Fragen in Ihrem Papier, ich frage Sie umgekehrt nach Ihrem Rat dafür.

Eine Frage an Herrn Mempel vom Landkreistag. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die Rolle der Landkreise angesprochen und eine Verbesserung für die Landkreise bei der Tourismusförderung erhoben. Wie sehen Sie selber Ihre Rolle, die Sie als Landkreise in eine Fortentwicklung dieser Leitlinien einbringen können. Ich habe in den letzten Jahren die Diskussion in den touristischen Regionen so erlebt, dass die Kreise als politische Einheit sich aus diesem Politikfeld eher herausziehen und dieses Thema den touristischen Regionen überlassen und wir uns davon verabschieden, hier in Landkreisgrenzen zu

denken. Inwieweit sehen Sie eine solche Entwicklung hin zum regionalen touristischen Destinationsdenken und weg vom Landkreisdanken. Es mag sein, dass ich Ihre Position dort auch falsch verstanden habe.

Thema Verkehrsanbindungen, mehrere Experten haben heute hervorgehoben, dass es wichtig ist, die touristischen Destinationen so gut wie möglich verkehrsmäßig anzubinden. Wir haben nach wie vor Defizite, das ist auch meine Einschätzung, weil etliche touristische Destinationen, ob nun Küste oder Berge, eher verkehrsfremd liegen. Dazu möchte ich die Stellungnahme von Herrn Gehrman ansprechen, weil ich dazu seine Stellungnahme nicht ganz in Einklang bringen kann mit dem, was andere Experten vorgetragen haben. Sie sagen ein weiterer Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von Feriendestinationen aus touristischen Gründen sei nicht notwendig. Sie schreiben dann: „Im Übrigen nicht nur die räumliche Distanz, sondern auch eine gewisse zeitliche Entfernung bewirkt psychologisch einen größeren Abstand vom Alltag“. Wenn das so gemeint ist, dass ein schöner langer Anreisetag mit schönen langen Staus den Abstand vom Alltag bringen soll, dann erlebe ich eigentlich die Einschätzung der Gäste bei mir zu Hause in der Region völlig anders. Die ärgern sich über die Staus auf der Straße und sagen, setzt euch endlich einmal dafür ein, dass die Straßen ausgebaut werden. Die Aufenthaltsdauer im Urlaub wird immer kürzer, der Kurzurlaub stellt immer mehr eine größere Bedeutung dar, umso wichtiger ist es, schnell am Urlaubsort zu sein und dort die Entspannung zu genießen.

**Jens Ackermann (FDP):** Herr Präsident Laepple, Sie sprachen davon, dass es bedauerlich ist, dass die Flughäfen nicht zukunftsfest ausgebaut und dass viele Kapazitäten nicht richtig ausgeschöpft werden. Können Sie uns einmal mitteilen, was schätzen Sie, wie viele Arbeitsplätze könnten im Bereich des Flughafenausbaus entstehen, wenn man dort die Hemmnisse lösen würde.

Zwei Fragen an Herrn Mempel vom Landkreistag. Sie haben sich besorgt ausgedrückt, dass die kommunalen Finanzen immer schwächer werden. Könnten Sie sich vorstellen, die Gewerbesteuer, die sehr starken Schwankungen unterliegt, abzuschaffen und die Kommunen eher an einer Umsatzsteuer, die durchgängig und mehr zu kalkulieren ist, zu beteiligen?

Sie sprachen auch davon, dass die Rundfunkgebühren die Branche sehr stark belasten, können Sie sich auch vorstellen, wie es in Frankreich ist, dort auf eine Medienabgabe umzuschwenken?

**Uda Heller (CDU/CSU):** Ich habe eine Frage an Herrn Laepple und an Herrn Meyer. Wir haben auf Wunsch der Branche das neue Berufsbild Kauffrau/Kaufmann für Tourismus und Freizeit kreiert. Nun wird es bundesweit ganz wenig angenommen. Ich habe erfahren, dass wir in Sachsen-Anhalt mittlerweile gerade einmal 20 Leute für eine Klasse zusammenbekommen. Was würden Sie uns vorschlagen, wie wir dort weiterkommen? Was können wir gemeinsam tun, um dieses Berufsbild besser zu etablieren?

**Reinhard Meyer (Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV)):** Ich wurde insbesondere zu dem Themenkomplex Ausbildung und Qualifizierung gefragt. Ein Vorbemerkung: Natürlich ist zunächst das Thema Ausbildung und Qualifizierung eine unternehmerische Entscheidung. Das wird aber, wenn wir über das Thema Service und Qualität reden, insgesamt nicht ausreichen. Es gibt Beispiele in der Branche, die versucht haben, mit Auszubildenden ihren Betrieb zu schmeißen. Dies wird irgendwann ein natürliches Ende nehmen, weil der Kunde sagt, Service und Qualität hat irgendwo seine Grenzen. Also müssen wir darüber reden, wie wir auf den anderen Ebenen mehr für Ausbildung und Qualifizierung tun können.

Auf der Länderebene wird eine ganze Menge gemacht, auch in Abstimmung mit dem Bund über Ausbildungsverbände, insbesondere was die Zusammenfassung von Kleinunternehmen angeht, über die Hotelfachschulen, über die verschiedenen Aktivitäten in Ausbildungsbündnissen, wo die Arbeitgeberseite, Arbeitnehmerseite, Politik zusammensitzen und versuchen, das zu koordinieren und zu ordnen. Das ist auch für viele andere Branchen in Deutschland der richtige Weg.

Das Berufsbild Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und Freizeit ist neu. Wir müssen dafür werben. Die Zahl derjenigen, die sich für dieses Berufsbild entscheiden, wächst. Da kommt es jetzt darauf an, in den Regionen weiter dafür zu werben, dass das die richtige Qualifizierung für die Zukunft ist, dass man entsprechende Berufsschulen organisiert, Klassen zusammenbekommt, um diese Ausbildung auch sicherzustellen. Da sind wir alle gemeinsam aufgefordert.

Letzte Bemerkung auf Bundesebene. Wir freuen uns sehr darüber, dass es gelungen ist und das ist auch ein wichtiger Baustein der Qualifizierung, das Deutsche Seminar für Tourismus zu unterstützen. Das war

ein schwieriger Diskussionsprozess und ich hoffe, dass das jetzt wieder seinen richtigen Weg geht, um genau die Qualifizierungsmöglichkeiten, die es auf der Bundesebene gibt, entsprechend sicherzustellen.

**Dr. Markus Mempel (Referent für Tourismus beim Deutschen Landkreistag):** Drei Fragen waren an mich gerichtet. Erste Frage: Wie können die Kreise die Leitlinien vor Ort mit Leben erfüllen? Ich denke, das tun wir schon. Das tut im Grunde jeder Wirtschaftsförderer, jeder Tourismusförderer, der die Situation in seinem zu betreuenden Gebiet halbwegs richtig analysiert. Die Leitlinien sprechen von zentralen Herausforderungen, Klimawandel, demographischer Wandel. Städte und Kreise beschäftigen sich damit. Es gibt die erste Demographiebeauftragte überhaupt in Deutschland, nämlich in Bielefeld. Es gibt auch im Kreisbereich Demographieberichte und der Versuch auf diese sehr übergreifenden Herausforderungen, gerade demographischer Wandel, Globalisierung, Klimawandel, auch übergreifend zu reagieren. Da werden Stabsstellen damit befasst zu schauen, in welchen Bereichen, auch bezogen auf Tourismus und Wirtschaftsförderung, können wir uns wie verhalten, um wirksame Politik für die nächsten 20/30 Jahre machen zu können. Insofern denke ich, dass natürlich in regionalen Unterschieden und mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen vor Ort die Lage gar nicht so schlecht ist, wenn man die Leitlinien neben die Realität legt. Was wir nicht machen können und deswegen sitzen wir in erster Linie hier, so habe ich das verstanden, sind die politischen Rahmenbedingungen, die auf Länder- oder Bundesebene gesetzt werden müssen, zu beeinflussen. Da sind wir darauf angewiesen, dass die politischen Verantwortlichen Verbesserungen erreichen und das führt mich zur Frage von Herrn Liebing.

Wie können die Bedingungen für die Tourismusförderung verbessert werden bzw. wie ist unsere Rolle überhaupt in diesem Prozess zu definieren? Sicherlich, es gibt den Trend hin zur Regionalisierung, hin zur Sicht nicht auf Gebietskörperschaften, sondern auf Destinationen. Allerdings sind die Landkreise immer beteiligt. Die Landkreise verlieren nicht ihre eigene Verantwortlichkeit für die Tourismusförderung, für die Wirtschaftsförderung, nur dadurch dass sie der Aufgabe in einem regionalen Verband nachkommen, in einer regionalen Tourismusstruktur zusammen mit anderen Kreisen und mit anderen Akteuren. Insofern sehe ich das auch so, dass der Trend hier in Richtung Kooperationen geht. Das ist auch richtig so, weil man sich nur so international aufstellen kann, denn keiner, der aus dem Ausland zu uns kommt, möchte in den Landkreis XY, sondern er will in den Harz. Jetzt heißt der Landkreis Harz nun auch gleichzeitig Landkreis Harz und das deckt sich, das ist günstig in diesem Sinne, aber es ist schon richtig, dass man Verbände bildet und versucht, aus Kundenperspektive zu schauen, wie werde ich wahrgenommen. Dennoch werden wir die Aufgabe der Tourismusförderung, der Wirtschaftsförderung nicht los, weil es immer in dem Kreisgebiet Betroffenheit gibt und wir werden das auch weiter machen. Egal in welcher Kooperations- oder Organisationsform, ob mit eigenen Organisationen, als Eigenbetrieb oder als Verbund mit anderen Kreisen oder mit anderen Partnern.

Zur letzten Frage, das ist ein Thema, was sowohl die Städte und Gemeinden als auch die Kreise betrifft, denn Gewerbesteuer bekommen die Kreise nicht. Erhebungsberechtigt oder Steuergläubiger, wie man das juristisch nennt, sind die Städte und Gemeinden. Abzüglich Gewerbesteuerumlage verbleibt das dann je nach Hebesatz in der Kommune. Als seinerzeit eine Reform der Gewerbesteuer in Rede stand, angestoßen durch die Stiftung Marktwirtschaft, ging es darum, die Gewerbesteuer auf bessere Füße zu stellen, weil sie sehr konjunkturanfällig ist und das merken wir auch in dieser konjunkturellen Delle. Das hat auch Städtetagspräsident Ude vor zehn Tagen bei der großen Hauptversammlung des Städtetags gesagt, es wird auch spürbar werden in den Einnahmeverhältnissen der Kommunen. Deswegen war es der Ansatz der Stiftung Marktwirtschaft zu sagen, wir koppeln die Gewerbesteuer von ihren negativen Elementen ab und eröffnen erst einmal die Diskussion für eine Alternative. Das wurde dann von städtischer Seite abgewehrt. Die Begründung kann Herr Welge noch ausführen. Die Gewerbesteuer ist eine sehr auskömmliche Hauptfinanzierungsquelle im Grunde für die Kommunen. Deswegen ist die Diskussion dann damals zum Erliegen gekommen. Wir wollten etwas Gutes für die Kommunen und die kommunale Landschaft, aber dazu ist es nicht gekommen.

Sie haben auf eine Umsatzsteuerbeteiligung hingewiesen. Umsatzsteuer hat schon den Charme, dass sie stetiger ist, gerade wenn die Konjunktur Berg und Tal fährt, dass sie dann den Kommunen einen relativ gesicherten Grundstock an Einnahmen verschafft. Deswegen könnten sich die Kreise auch vorstellen, an der Umsatzsteuer beteiligt zu werden, da wir überhaupt keine Steuer haben. Wir haben die Jagdsteuer, die ist allerdings marginal und reicht nicht, um gestaltend tätig zu werden, um eine adäquate Finanzausstattung sicherzustellen. Umsatzsteuer hat einen gewissen Charme, die Gewerbesteuerdiskussion ist aber in diesem Zusammenhang beendet.

Rundfunkgebühren haben wir in unserer Stellungnahme auch angesprochen. Dass man im Zuge dieses sogenannten Hotelprivilegs bei Beherbergungsbetrieben für das zweite bis 50. Objekt einen reduzierten



Gebührensatz von 50 Prozent der normalen Jahresgebühr veranschlagen kann. Das ist jetzt so, führt aber bei Vermietern mit geringer Auslastung, geringer Bettenzahl zu erheblichen Kostensteigerungen. Zudem werden Privatzimmer und Ferienwohnungen getrennt betrachtet, so dass kleine Vermieter mit einer Ferienwohnung, einem Fremdenzimmer zwei volle Gebühren zahlen müssen, dadurch werden kleine Betriebe unangemessen belastet. Der reduzierte Rundfunkgebührensatz sollte deshalb bereits ab dem ersten Ferienobjekt gelten. Alternativ könnten die Vermieter von dieser zwischenzeitlich wieder eingeführten Möglichkeit der saisonalen Abmeldung von Rundfunk- und Fernsehgeräten gebührenmäßig Gebrauch machen. Diese sollte einfacher ausgestaltet werden, weil nach dem derzeitigen Gesetzesstand oder Stand des Rundfunkgebührenstaatsvertrages die Ferienobjekte für mindestens drei Monate stillgelegt werden müssen und dies aufwendig zu dokumentieren ist, ist die Regelung schlecht handhabbar. Angestrebt werden sollte hier ein unbürokratisches Vorgehen mit leichterem Nachweis der Beleglage als Berechnungsgrundlage.

**Klaus Laepple (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)):** Frau Hiller-Ohm, Sie hatten das Thema Löhne im Tourismus angesprochen und hatten sich dabei auf die Stellungnahme von Frau Rosenberger bezogen, die uns leider nicht vorliegt, die ich also nicht kennen kann. Sie sollten bei allen Zahlen, die dort möglicherweise enthalten sind, die von einer Gewerkschaftsvertreterin kommen und irgendwo auch das eigene Versagen widerspiegeln, zwei Dinge berücksichtigen. Einmal: Speziell im Tourismus gibt es relativ viel Teilzeitbeschäftigung, etwas, was auch gewünscht wird. Der zweite Punkt: Es gibt gerade in bestimmten Bereichen des Tourismus so etwas wie Trinkgeld, was auch sehr stark abhängig ist von der Frage der Freundlichkeit und der Bereitschaft, Dienstleistung zu erbringen.

Frau Gradistanac, Sie hatten die Frage der Krise in der Tourismuswirtschaft angesprochen. Sicherlich sehr unterschiedlich zu beurteilen. Ich würde das auf Reiseveranstalter, Reisebüros beziehen. Herr Fischer kann dann etwas zur Hotellerie sagen, das ist ein sehr spezieller Bereich. Wir hatten gestern ein Gespräch mit der Gesellschaft für Konsumforschung, die alle Daten vorliegen hat bis in die vergangene Woche hinein. Dabei haben wir Folgendes festgestellt: Aus dem Winter heraus sind wir gekommen mit einem Plus von 4,6 Prozent, sind allerdings jetzt im Sommer, bezogen nur auf den Sommer, bei einem Minus von fünf Prozent, so dass wir zusammengerechnet bei einem geringen Minus liegen. Allerdings und das sage ich auch dazu, es bezieht sich nur auf die Touristik. Im Geschäftsreiseverkehr haben wir einen ganz deutlichen Einbruch und zwar ganz manifest. Wir haben bei den Business-Ketten, wie wir sie nennen, überall Kurzarbeit, aber im reinen Urlaubsgeschäft sieht es noch besser aus. Allerdings es fehlen noch die Familien für die großen Ferien, wobei wir auch eins wissen, die Zahl der Familien mit schulpflichtigen Kindern hat sukzessive abgenommen. Da warten wir ab, was noch kommt.

Was mit Sicherheit nicht kommen wird, ist ein Preiskampf. Die Veranstalter haben entsprechend angepasst, d.h. sie haben entsprechende Kontingente aus dem Markt genommen, so dass das meines Erachtens vermutlich nichts passieren wird. Es wird eher dazu kommen, dass jemand, der noch kurzfristig verreisen will, möglicherweise nicht mehr sein Wunschziel bekommt, als dass es zu einem flächendeckenden Preiskampf kommt. Das kann einmal regional passieren, was nicht auszuschließen ist. Wir haben sehr stark regionale Unterschiede. Es macht einen Unterschied, ob Sie in einer Stadt sind, die sehr stark geprägt ist vom öffentlichen Dienst mit Job- und Einkommensgarantie, nehmen Sie eine Stadt wie Münster oder Bochum, die Nokia hinter sich hat und Opel vor der Nase, da sieht es natürlich völlig anders aus. Ich könnte auch sagen, nehmen Sie Bonn, wo auch heile Welt ist und nehmen daneben Rüsselsheim, Stuttgart, auch da sieht die Welt anders aus. Wir haben erhebliche regionale Abweichungen. Die Zahlen, die ich eben genannt habe, 4,6 und fünf Prozent sind Zahlen, die deutschlandweit erfasst worden sind von der GfK.

Frau Gradistanac, zu Ihrem Spezialthema Lufthansa und Film kann ich nur sagen, Sie haben Herrn Mayrhuber geschrieben, ich vermute Sie haben eine Antwort. Ich gehe davon aus, Sie sind da besser informiert als ich.

Herr Ackermann, Ausbau von Flughäfen und Steigerung in diesem Bereich, dies bringt in der Tat sehr viel. Wir haben darüber sehr klare und unmissverständliche Zahlen. Eine Million Passagiere bedeutet 1 000 Arbeitsplätze an einem Flughafen, d.h. also in dem Maße, wie ich ausbaue und dann der Verkehr kommt, aber er kommt, auch wenn wir momentan eine Delle haben, das wird in zwei Jahren spätestens erledigt sein und dann wird es in dem überdurchschnittlichen Tempo in diesem Bereich weitergehen und dann werden wir erst recht Engpässe bekommen, wenn bis dahin die Zeit nicht genutzt worden ist, um auszubauen und wir würden hier die Jobmaschine Flughafen zum Erliegen bringen, wenn wir uns hier weiter Fesseln anlegen, als das bisher schon geschehen ist.

Frau Heller, Sie haben nach dem Ausbildungsberuf Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und Freizeit gefragt. Der Beruf ist noch neu, aber mittlerweile immerhin vier Jahre alt. Angenommen worden ist er bedauerlicherweise nicht im wünschenswerten Umfang. Wir haben zurzeit knapp 500, die dort in der Ausbildung sind, das ist nicht sehr viel. Da hatten wir uns völlig andere Vorstellungen gemacht, vor allen Dingen sind uns von den lokalen Organisationen, insbesondere von den Städten, aber auch von den Ländern ganz andere Zahlen genannt worden und dann stellt man fest, dass in dem Bereich überhaupt nicht ausgebildet wird. Da wir ohnehin momentan dabei sind, das Berufsbild des Reiseverkehrskaufmanns/-kauffrau den neueren Gegebenheiten anzupassen, bietet sich hier eine gute Chance, das zusammenzufassen, um das Überleben des Kaufmanns für Tourismus und Freizeit zu gewährleisten, denn nach dem jetzigen Stand ist das nicht gewährleistet, weil irgendwann die Schulklassen nicht mehr zusammenzubekommen sind und das würde die Sache sehr kompliziert machen. Die momentane Überlegung geht dahin, dies zusammenzufassen, das ganze mit einem neuen Touch zu versehen für einem Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und dass nach einer gleichmäßigen identischen Grundausbildung, dann eine Spezialisierung erfolgt, so ähnlich, wie die Branche spezialisiert ist beispielsweise in Geschäftsreiseverkehr, daneben in die klassische Touristik und dann in den Freizeitbereich. Da sind wir auf einem vernünftigen Weg, um damit das Problem, was angesprochen wurde, nämlich dass die Schulklassengröße nicht mehr erreicht wird und damit von denjenigen, die die Ausbildung machen wollen, dann möglicherweise Internatsaufenthalte oder weite Entfernungen in Kauf genommen werden müssen, dass wir das dann vermeiden können.

**Johann Kreiter (Vorsitzender der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle (NatKo)):**

Finanzen und Tourismuswirtschaft, Krise, da gibt es enge Zusammenhänge. Es ist tatsächlich so, dass wir es als Institution zu spüren bekommen, indem man gesagt bekommt, wir würden gerne machen, aber momentan müssen wir abbauen und Gelder für Fortbildungen und dergleichen sind leider nicht vorhanden. Am direktesten bekommt das die NatKo zu spüren, denn wir bekommen Förderung von Gesundheitsministerium, also das dritte Ministerium, das im Tourismus tätig ist und da schaut es so aus, dass wir fast ein Vierteljahr administrative Arbeit aufwenden müssen, damit wir unseren Antrag für die Fördergelder dort bekommen und dann kommt das Bundesverwaltungsamt und rechnet uns vor, was wir zuviel ausgegeben haben. Auch da bekommen wir es zu spüren, dass an Geldern gespart wird. Auf der anderen Seite sind immer noch Institutionen bereit, wie der Deutsche Tourismusverband oder DSFT, die mit uns zusammenarbeiten und nach wie vor Kurse und Seminare anbieten wollen in dem Bereich, aber auch da ist wieder der Einbruch da, dass leider immer wieder gesagt wird, das Thema müssen wir verschieben, für so etwas ist im Moment kein Geld da. Insofern hängt das direkt zusammen mit der Wirtschaftskrise.

**Michael Gehrmann (Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland (VCD)):** Herr Liebing, Sie haben nur einen Halbsatz herauszitiert. Der Satz lautet vollständig: „Deutschland hat bereits heute das dichteste und modernste Straßennetz und auch das dichteste Flughafennetz der Welt“. Das ist Fakt. Ob wir noch auf Dauer das modernste Straßennetz haben, darüber können wir uns streiten angesichts der Infrastrukturinstandhaltungskrise, die zunehmend auf uns rollt, aber bisher ist es so. „Im Vergleich“, so habe ich weiter geschrieben, „zu den meisten anderen Staaten ist auch die abgelegendste Region in Deutschland sehr zügig mit dem motorisierten Individualverkehr erreichbar“. In fast jedem anderen Staat sind Sie deutlich länger unterwegs, nehmen wir ein paar kleine Ausnahmen aus, wie den Vatikanstaat, San Marino, Monaco oder Schweiz, ansonsten ist jedes Ziel sehr zügig, gemessen an der Größe des Landes sehr schnell erreichbar. Wenn Sie in Frankreich oder Großbritannien längere Zeit unterwegs gewesen sind, kommen Ihnen die Entfernungen in Deutschland sehr kurz vor. Deshalb ist ein weiterer Ausbau der Straßeninfrastruktur zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von Feriendestinationen aus touristischen Gründen nicht notwendig. Aus wirtschaftlichen Gründen mag es da anders sein. Aus Gründen der Entlastung der Bevölkerung mag das im Einzelfall ganz anders sein, aber generell muss man sich fragen, ob man für 30 Tage im Jahr, wenn der Hauptanreise- und -abreisestrom ist, extra eine Infrastruktur baut, die dann 320 Tage im Jahr nicht entsprechend ausgelastet ist bzw. die vorhandene Infrastruktur ausreichen könnte. Insofern stehe ich nach wie vor zu dem Satz und gebe zu, dass ich ihn etwas provokanter geschrieben habe.

**Prof. Dr. Mathias Feige (Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V. (Dwif)):** Natürlich kann und darf eine Einzelperson nicht im Rahmen einer kleinen Anhörung die gesamte Prioritätensetzung für den Tourismus in Deutschland setzen, dass wäre erstens vermessen und zweitens kontraproduktiv, weil genau das nicht gewollt wäre. Ich würde sagen, aus meiner Sicht sind es drei Zugänge, aus denen heraus man sich dieser Frage nähern sollte. Das eine, was schon mehrfach angesprochen wurde, sich an einen Tisch zu setzen und deutlich zu machen, wie die Prioritäten sind

bzw. die tragenden Säulen. Was sind die großen und was sind die kleineren Segmente, d.h. kleinere Segmente nicht zu vernachlässigen, sondern erst einmal das Bewusstsein dafür zu schaffen, wo die großen Teilstücke sind und wo die kleineren. Das wäre ein erster Ansatzpunkt, sich zu verständigen, wie man Prioritäten setzen könnte.

Der zweite Punkt wäre ein ganzheitlicher Ansatz. Die jetzt vorliegenden Leitlinien atmen einen sehr starken Incoming-, deutschlandbezogenen Ansatz und nicht so sehr die Komplexität der gesamten Player, nicht die gesamte Tourismuswirtschaft ist dort abgebildet. Auch darauf habe ich schon mehrfach hingewiesen. Das wäre ein zweiter Ansatz, sich dazu zu bekennen oder zu beschäftigen mit der Frage, aus welchen Segmenten besteht denn das, was in Deutschland für Deutschland an touristischer Wert-schöpfung generiert wird und wie geht man damit um und dann sind es nicht nur die Verkehrsflughäfen, sondern dann kommen noch ganz andere Segmente oder Player auf den Markt.

Der dritte Zugang könnte heißen, wie sehen die Kooperationsstrukturen, die Abstimmungsstrukturen zurzeit aus. Da gibt es einen Beirat beim Bundeswirtschaftsminister, da gibt es IMAG's auf Länderebene, es gibt die Bund-Länder-Kommission, es gibt Ausschüsse für Inlandsmarketing etc. und die laufen alle sehr parallel zueinander bzw. unverbunden miteinander. Die Frage ist zu stellen, ohne hier ein dirigistisches System aufzubauen, aber an welchen Stellen funktionieren Abstimmungen gut, wo sind sie effektiv und effizient und wo sind Lücken, wo ist Verbesserungsbedarf. Das könnte aus meiner Sicht ein dritter Annäherungspunkt für diese Frage sein, wie man Prioritäten setzen kann, um dann daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

**Tourismusbeauftragter Ernst Hinsken (BMW):** Frau Vorsitzende, verehrte Damen und Herren. Da auch diese Anhörung protokolliert wird, kann man in Zukunft genau nachlesen, was Sie uns als Sachverständige heute gesagt haben. Dies wird in der Abfolge im Hinblick darauf interessant sein, wie in Zukunft die Tourismuspolitik mit den Leitlinien in der Bundesrepublik Deutschland gestaltet wird. Politiker lasse ich jetzt bewusst weg, weil uns unqualifizierte Rundumschläge nicht weiterbringen. Es sollte die Sache im Vordergrund stehen. Denn und darauf lege ich ganz besonderen Wert, diese Leitlinien sind Leitlinien der Bundesregierung und nicht des Deutschen Bundestages. Es sind Grundsätze. Trotzdem wurden bei der Entscheidungsfindung die Verbände, Wissenschaftler, Obleute und alle Ministerien eingebunden. Daraus resultiert dieser Bericht, daraus resultieren diese Leitlinien der Bundesregierung. Ich bin dankbar dafür, dass von Herrn Präsident Meyer gesagt worden ist, diese Leitlinien sind ein Anfang. Jetzt sind sie mit Leben zu füllen. Wir haben jetzt die Grundlage dafür, dass wir Leben in diese Leitlinien hineinbringen können.

Ich betone, dass bewusst keine Einzelforderungen der einzelnen Verbände aufgenommen wurden. Da gab es natürlich einige, angefangen von der Mehrwertsteuer bis zu individuellen anderen Forderungen. Das war nicht möglich, sonst hätten wir den Grundsatz, den wir uns selbst gegeben haben, nicht einhalten können.

Wenn Sie diese Leitlinien, die wir in Form von Flyern an die Öffentlichkeit gegeben haben, zur Hand nehmen können Sie lesen: „Die Bundesregierung sieht insbesondere in den Bereichen Qualität, Qualifizierung, Infrastruktur und Vermarktung Handlungsbedarf, damit das Reiseziel Deutschland und deutsche Anbieter touristischer Leistungen auch künftig wettbewerbsfähig bleiben“. Das ist die Oberleitlinie.

Leitlinie eins ist der Wirtschaftsfaktor Tourismus. Da haben wir gesagt die Bedeutung des Tourismus als Wirtschafts- und Imagefaktor für Deutschland soll noch stärker in das Bewusstsein von Bevölkerung, Politik und Wirtschaft getragen werden. Es heißt weiter, die Bundesregierung strebt eine kontinuierliche Stärkung der Wirtschaftskraft der vielen kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen der Tourismuswirtschaft an. Ziel ist die Steigerung der Gästeankünfte aus dem In- und Ausland sowie die Steigerung der Zahl der Beschäftigten im Tourismus.

Rahmenbedingungen, wieder eine Leitlinie. Die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft sollen weiter verbessert werden. Was sagen wir? Wettbewerbsverzerrungen in Deutschland, in Europa und auf den internationalen Märkten sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Das Ziel der Barrierefreiheit ist als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern stärker zu verankern. Auf EU-Ebene setzt sich die Bundesregierung für den Abbau bestehender Hemmnisse bei grenzüberschreitendem Austausch von Dienstleistungen ein. Sie dringt nach Möglichkeit auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und wirkt bei der Förderung der Tourismuswirtschaft in Europa mit. Ziel ist ein Tourismus, der in sozialer, kultureller, ökologischer und ethischer Hinsicht verträglich sowie wirtschaftlich erfolgreich ist. Hier die klare Aussage: Deshalb unterstützt die Bundesregierung die fortlaufende Umsetzung eines internationalen Ver-

haltenskodex, durch den sich Unternehmen der Tourismuswirtschaft verpflichten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Herkunfts- und Zielländern der Touristen für Schutzmaßnahmen zu sensibilisieren und zu schulen.

Deutschland steht für nachhaltigen Tourismus. Wiederum ein Leitgedanke, denn der Tourismus ist an der Entstehung des Klimawandels beteiligt, man muss sich den Herausforderungen des Klimawandels stellen. Die Antwort, und das ist eine klare Aussage, auf den Klimawandel und seinen Folgen, auch auf die Biodiversität, muss aus Forschung, Innovationen, Anpassungs- und Effizienzsteigerungsstrategien bestehen. Alle Akteure im Tourismus sind zu einem nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt in Deutschland und allen anderen Zielländern deutscher Touristen aufgerufen.

Ein weiterer Leitgedanke, die Chancen des demographischen Wandels für den Tourismus sollen optimal genutzt werden. Ich erspare mir näher darauf einzugehen, weil hier aus Ihrem Munde vieles Richtungsweisendes gesagt wurde, was das Ganze schon mit Leben erfüllt.

Deshalb möchte ich mich auf den sechsten Leitgedanken beziehen. Deutschland soll für hervorragende Qualität der touristischen Leistungen stehen. Deutschland soll im weltweiten Wettbewerb der Destinationen noch stärker für Qualitätstourismus stehen. Deshalb strebt Deutschland an, im europäischen Vergleich weiterhin ein besonders gutes Preis-/Qualitätsverhältnis bei touristischen Leistungen anzubieten.

Ein bedeutender Bereich und weitere Leitlinie, die Qualifizierung der im Tourismus Beschäftigten soll verbessert werden. Hier ist auch zu lesen, Deutschland will seine Spitzenplätze im internationalen Ranking der favorisierten Standorte für Messen, Kongresse und Tagungen halten und Vorsprünge ausbauen. Herr Prof. Feige, dies sollten Sie einmal genau nachlesen, wenn Sie meinen zum Thema Geschäftsreisen sei nichts gesagt.

Das touristische „Produkt Deutschland“ soll weiter verbessert werden. Ein weiterer Leitgedanke. Zu Deutschlands besonderen Stärken gehören die Segmente Kultur- und Städtereisen, Geschäftsreisen und Erholungstourismus.

Dann fassen wir zusammen, nämlich was die Teilhabe anbelangt, Deutschland strebt die Teilhabe aller am Tourismus an. Um die Teilhabe aller an touristischen Angeboten zu ermöglichen, soll das Ideal des barrierefreien Reisens in der gesamten touristischen Leistungskette verankert werden. Die Zugänge zu Bahnhöfen, Flughäfen, Verkehrsmitteln sowie zur Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Gaststätten und Hotels sollen barrierefrei gestaltet sein. Ein weiterer Leitgedanke.

In der Zusammenfassung weisen wir darauf hin, die Zusammenarbeit von Tourismuspolitik und Tourismuswirtschaft soll verbessert werden. Im letzten Absatz heißt es, die Leitlinien der Bundesregierung bedeuten keine Zielvorgabe von oben. Sie wollen Impulse für eine intensivere Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen von Politik und Wirtschaft geben. Sie wollen nicht ausgrenzen, sondern für Zusammenarbeit werben. Besser werden wir nur gemeinsam. Diese Aussage kann sicherlich auch von Ihnen geteilt werden, soweit Sie guten Willens sind, eben aus den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung das herauszunehmen, was wir als Grundsatz mit einbringen wollten, damit es mit der Tourismuswirtschaft über diese Leitlinien in Zukunft noch besser läuft. Danke schön.

**Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU):** Danke Herr Tourismusbeauftragter, dem ist nichts hinzuzufügen. Ich danke Ihnen allen und schließe die Anhörung.

**Schluss der Sitzung: 18.15 Uhr**